



Nr. 270 | 22.06.2022

Ukraine-Analysen

- Krieg, Geschichte und Erinnerungskultur
- Asow-Regiment
- Stepan Bandera

■ ANALYSE Geschichte als »Waffe«? Russlands Instrumentalisierung der Erinnerungskultur im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine Von Sergii Pakhomenko (Staatliche Universität Mariupol / Freie Universität Berlin, Lwiw)	2
■ ANALYSE Das Asow-Regiment und die russische Invasion Von Ivan Gomza (Kyiv School of Economics)	6
■ ANALYSE Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda Von Kai Struve (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)	10
■ UMFRAGEN Einstellung zu Stepan Bandera	14
■ STATISTIK Antisemitismus in (Ost-)Europa	16
■ KOMMENTAR Erinnerungskultur in der »Zeitenwende«. Die deutsche Weltkriegserinnerung und der Ukrainekrieg Von Stephan Scholz (Universität Oldenburg)	17
■ KOMMENTAR »Russland – das verstehe ich, Ukraine – das verstehe ich nicht« Von Guido Hausmann (Universität Regensburg / Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung)	19
■ KARTE Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 22. Juni 2022)	22
■ CHRONIK 25. April – 31. Mai 2022	23

Geschichte als »Waffe«? Russlands Instrumentalisierung der Erinnerungskultur im Zuge des Angriffskrieges gegen die Ukraine

Von Sergii Pakhomenko (Staatliche Universität Mariupol / Freie Universität Berlin, Lwiw)

DOI: 10.31205/UA.270.01

Zusammenfassung

Russlands manipulative Argumentation über die ukrainische Geschichte am Vorabend der russischen militärischen Aggression diente als ideologische Vorbereitung des Einmarschs. Die Hauptbotschaft lief darauf hinaus, dass es in der Ukraine keinerlei nationalstaatliche Tradition gibt. Die historische (oder vielmehr pseudohistorische) Rhetorik des Kreml zielt zusammen mit dem Vorgehen der Besatzungsbehörden, die darauf ausgerichtet sind, das historische Gedächtnis und den symbolischen Raum umzuwandeln, nicht nur darauf ab, die militärische Aggression zu rechtfertigen, sondern ist auch die wichtigste Waffe, um in den besetzten Gebieten die ukrainische Identität zu zerstören und die kollektive Erinnerung auf eine Linie mit den russischen Narrativen zu bringen.

Einführung

In einem ganz allgemeinen Sinne besteht das kollektive historische Gedächtnis aus den gesammelten Wahrnehmungen einer Gruppe, die sich nicht nur aus objektiven Tatsachen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Vergangenheit ergeben, sondern auch durch aktuelle Ansichten einer Gesellschaft zur Geschichte. Diese Haltungen werden oft mit politischen Methoden geformt, daher ist Erinnerungspolitik – also die Konstruktion der kollektiven Wahrnehmung der Vergangenheit durch den Staat oder andere politische Akteure mit Hilfe von offiziellem Geschichtsunterricht, erinnerungspolitischen Gesetzen und Gedenken (d. h. der Festlegung von Gedenkdaten, Feiertagen und Ritualen) – ein weiterer wichtiger Begriff bei der Erforschung des historischen Gedächtnisses. Durch Erinnerungspolitik werden einige Geschichten als zentral und am wichtigsten dargestellt, während andere als sekundär behandelt oder gar ausgeblendet werden. All das bildet eine nationale historische Erzählung, also eine systematische Abfolge der eigenen Geschichte, mit den nationalen Errungenschaften und Tragödien, den nationalen Helden und Antihelden.

Eine Instrumentalisierung von Geschichte und deren Einsatz für politische Zwecke ist seit langem verbreitete Praxis. Sie wird gewöhnlich als Geschichtspolitik bezeichnet, deren Zweck es ist, ein bestimmtes Konzept zu formen, ein Narrativ des kollektiven Gedächtnisses der Gesellschaft. Auch wenn einige in wissenschaftlichen und liberalen politischen Kreisen es verurteilen, so lässt sich die grundlegende Rolle des historischen Gedächtnisses für die Identität einer Gesellschaft nicht übersehen, besonders beim Prozess einer Emanzipation zum Nationalstaat. Aktuell wird das historische Gedächtnis aktiv als ideologische Stütze und Argumentation für Aktionen mit »kriegerischem Charakter und großen internationalen Auswirkungen« benutzt: Der

Kreml setzt seine »historische« Rhetorik und entsprechende Narrative gezielt ein, um die russische Invasion der Ukraine zu rechtfertigen – ein herausragendes Beispiel dafür, wie historische Narrative nicht nur außenpolitisch genutzt werden, sondern auch als Rechtfertigung für ein aggressives militärisches Vorgehen gegen einen souveränen Staat.

In diesem Beitrag soll herausgearbeitet werden, 1) worauf die wichtigsten Narrative der Erinnerungspolitik in der Russischen Föderation und in der Ukraine basieren; 2) wie die Leugnung des ukrainischen Narrativs nicht nur für die Auffassung des Kremls über die ukrainische Geschichte prägend ist, sondern auch für die russische Politik gegenüber dem modernen ukrainischen Staat; 3) ob die Berufung auf die Geschichte als ideologische Unterfütterung für die russische Aggression dient, oder ob dies eines der Ziele zur Zerstörung der ukrainischen Identität darstellt; 4) welchen Stellenwert die Geschichtspolitik beim Vorgehen der Besatzungsbehörden in den russisch besetzten Gebieten hat.

Konkurrierende ukrainische Narrative nach der Unabhängigkeit

Im ersten Jahrzehnt nach Erlangung der Unabhängigkeit war die Erinnerungspolitik in der Ukraine durch sich überschneidende, gleichzeitig aber auch konkurrierende nationale und radikale Narrative geprägt. Dem nationalen (oder vielmehr nationsbildenden) Narrativ zufolge (*das nicht mit dem nationalistischen Narrativ verwechselt werden sollte!*), besteht die Kernidee in der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Es erwähnt und umfasst jene Prozesse, Ereignisse und Helden, die zur ukrainischen Unabhängigkeit und zur »sobornist« (der Vereinigung der ukrainischen Gebiete) beigetragen haben. Der Zustand der Ukraine

bzw. ihrer Gebiete als Bestandteil des Russischen Reiches und der Sowjetunion wurde als Abhängigkeit und/oder unterschiedlich starke Unterdrückung betrachtet. Dieses Narrativ wurde hauptsächlich über das Bildungswesen wie auch durch bestimmte Gedenkrituale vermittelt, etwa durch die Einführung des Tags der Einheit (ukr.: »Den Sobornosti«) am 22. Januar oder dem Unabhängigkeitstag am 24. August als nationale Feiertage.

Ein weiteres Narrativ kann als sowjetisch oder neoimperial bezeichnet werden. Es argumentiert, dass die mittelalterliche Kyjiwer Rus die Wiege der drei brüderlichen ostslawischen Völker sei. Die Entscheidung von Hetman Bohdan Chmelnyzkyj, die »Ukraine mit Russland wiederzuvereinigen« (der sogenannte Vertrag von Perejaslaw von 1654) wird als progressiv betrachtet. Dieses Narrativ betont nicht die Unterdrückung der ukrainischen Sprache, den Holodomor oder andere negative Phänomene der ukrainisch-russischen Koexistenz, stellt dafür aber die Leistungen heraus, die Ukrainer:innen in der Sowjetzeit vollbracht haben, insbesondere den gemeinsamen Kampf gegen die Nazis während des Zweiten Weltkriegs, der »Großer Vaterländischer Krieg« genannt wird.

Seit 2014, als Russland im Kontext seiner Annexion der Krim und des Krieges im Donbas bereits das Instrument einer Manipulierung des historischen Gedächtnisses für seinen hybriden Krieg einsetzte, hat die Ukraine unter Präsident Petro Poroschenko entschieden mit diesem Geschichtsnarrativ gebrochen. Das historische Gedächtnis wurde viel stärker als Element der nationalen Sicherheit wahrgenommen. Es wurden das Entkommunisierungsgesetz und andere erinnerungspolitische Gesetze verabschiedet und umgesetzt, insbesondere ein Gesetz, das Personen des ukrainischen nationalistischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg als Kämpfer:innen der nationalen Befreiungsbewegung anerkennt. Somit erfuhr das nationale Narrativ durch den Einfluss der von außen erfolgenden russischen Aggression eine Stärkung.

Poroschenkos Nachfolger Wolodymyr Selenskyj hat historischen Fragen zu Beginn seiner Amtszeit weniger Aufmerksamkeit geschenkt, gleichzeitig unternahm er ernsthafte Schritte in Richtung einer Differenzierung des offiziellen Narrativs, indem er es um multiethische und zivilgesellschaftliche Inhalte bereicherte. Doch angesichts der russischen Invasion und der Tatsache, dass Russland der Ukraine das Recht auf staatliche Unabhängigkeit abspricht und die Existenz des ukrainischen Volkes in Frage stellt (darauf wird weiter unten eingegangen), kam auch Selenskyj nicht umhin, das nationale Narrativ stärker zu betonen. Darin liegt die Besonderheit der ukrainischen Situation, die sich zum Beispiel von der westeuropäischen Situation unter-

scheidet: Im Kampf gegen Russland stellt das nationale historische Narrativ kein archaisches Überbleibsel aus dem 19. Jahrhundert dar (wie es manchen Menschen in Westeuropa erscheinen mag), sondern ist zentral für das Überleben der ukrainischen Gesellschaft, ihrer Identität, Sprache und Kultur und Ausdruck des souveränen Rechts des ukrainischen Volkes, seine Zukunft unabhängig und frei zu bestimmen und zu wahren. Die russische Führung wiederum greift, um die Ansprüche an die Ukraine zu belegen, zunehmend auf historische Aspekte zurück.

Putins toxisches Narrativ über die Ukraine

Unter Wladimir Putin hat sich in der Russischen Föderation ein neoimperial Geschichtsnarrativ entwickelt, das die Ideologie der »Russischen Welt« – kurz gefasst eine schmeichelhafte und unkritische Haltung zum Russischen Zarenreich und eine nostalgische Glorifizierung der Sowjetzeit, einschließlich der Rechtfertigung des Stalin'schen Totalitarismus – miteinander verbindet. Der extreme Kult um den »Großen Vaterländischen Krieg« ist für dieses Narrativ von zentraler Bedeutung. Dieser ist eine der Säulen, auf denen nicht nur der neoimperial Mythos ruht, sondern gegenwärtig auch die russische Identität. Für Russlands Nachbarn ist besonders bedrohlich, dass Russlands aggressive Außenpolitik auf diesem imperialen Mythos gründet.

Putin leitet sein Vorgehen in der Ukraine von einem mythologisierten und pervertierten Verständnis der ukrainischen Geschichte ab. Ein klarer Beleg hierfür ist eine Reihe von Artikeln und öffentlichen Stellungnahmen von Präsident Putin vor Beginn der Invasion in die Ukraine, in denen historische Themen sehr präsent waren. Das gilt vor allem für den Artikel »Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern«, der im Sommer 2021 veröffentlicht wurde (*russ.*; <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>).

Wir sollten auch seine langen historischen Ausführungen beachten, die er in öffentlichen Statements und bei Treffen mit ausländischen Staatsgästen gibt. Das alles ist sowohl für das innerrussische Publikum gedacht als auch für jenes westliche Publikum, das den Kreml lobt und nicht mit der ukrainischen Geschichte und den gegenwärtigen Realitäten vertraut ist und daher bereit scheint, Russlands Vorgehen zur Wiederherstellung seiner sogenannten historischen Einflussphäre zu unterstützen.

Seine Ansichten zur ukrainischen Geschichte basieren auf folgenden manipulativen Botschaften:

1. Es gibt keine nationalstaatlichen Traditionen in der Ukraine;
2. Schon die Idee von einem ukrainischen Staat ist künstlich und von Polen oder Österreichern Anfang des 20. Jahrhunderts erfunden worden. Heutzutage

tage unterstützt der Westen diese künstliche Vorstellung als Antipode zu Russland, gewissermaßen als Anti-Russland

3. Die nationalen Grenzen der Ukraine sind ungerechtfertigt gezogen. Folgt man Putin, so sind der Donbas, die Küste des Asowschen Meeres wie auch die Schwarzmeerregion mit der Krim »angestammtes russisches« Territorium; sie wurden von Lenin und den Bolschewiki der Ukraine nur vorübergehend zugesprochen

Darüber hinaus ist – dem »Amateurhistoriker« Putin zufolge – Nazismus die Hauptideologie der Ukraine, was sich zum Beispiel in dem Gedenken an die umstrittene historische Persönlichkeit Stepan Bandera manifestiert (siehe hierzu auch Kai Struves Beitrag zu Bandera in dieser Ausgabe). In Wirklichkeit jedoch stellen neonazistische und rechtsextreme politische oder gesellschaftliche Kräfte in der Ukraine nur eine marginale Erscheinung dar. Als weiteres Beispiel wird von russischer Seite das Asow-Regiment angeführt, das sich in den letzten Jahren jedoch weitgehend von Mitgliedern mit neonazistischen Ansichten befreit und sich zu einer professionellen Kampfeinheit gewandelt hat (siehe Ivan Gomzas Beitrag zum Asow-Regiment in dieser Ausgabe). Hinzu kommt, dass die nationalistischen Kräfte keinerlei ernstzunehmenden Einfluss auf die öffentliche Politik haben oder hatten. Bei den letzten Parlamentswahlen 2019 errang der Block der Rechtsextremen (die Parteien *Swoboda*, *Nationales Corps* und *Rechter Sektor*) lediglich 2,15 Prozent und konnten sich nur ein Mandat im Parlament sichern.

Die ukrainische Regierung zu beschuldigen, nazistisch zu sein (oder unter dem Einfluss von Nazis zu stehen) ist somit unsinnig und absurd und pervertiert und trivialisiert die Geschichte. So ist es nicht überraschend, dass die führenden NS-Forscher dieser nicht hinzunehmenden Beschuldigung vehement widersprachen (siehe den Offenen Brief in den [Ukraine-Analysen 263](#)).

Putins Blick auf die ukrainische Geschichte basiert zu großen Teilen auf dem sowjetischen bzw. neoimperialen Narrativ. Der Umstand, dass man in der Ukraine mit diesem Narrativ gebrochen hat, wird vom Kreml als sehr schmerzhaft wahrgenommen, weil es diesem bei der Wiederherstellung seiner historischen Einflussosphäre im »nahen Ausland« den Boden unter Füßen entzieht. Die neoimperiale russische Einflussosphäre war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – oder mit Putins Worten »der größten geopolitischen Tragödie des 20. Jahrhunderts« – verloren gegangen.

Die Geschichte bietet jedoch nicht nur einen vermeintlichen Vorwand, sondern ist selbst auch eines der Hauptziele der russischen »Spezialoperation«, da nämlich eine »historische Ungerechtigkeit«, als die der ukrai-

nische Staat in diesem Narrativ angesehen wird, beseitigt werden soll.

Erinnerung löschen, Geschichte umschreiben: Geschichtspolitik in den besetzten Gebieten

An dem Vorgehen des Besatzungsregimes lässt sich erkennen, dass für sie die Veränderung des symbolischen urbanen Raumes eine große Bedeutung hat. Diese Praxis war bereits in den 2014 besetzten Gebieten eingesetzt worden. Es werden sowjetische Straßennamen wieder eingeführt sowie Denkmäler von Lenin und anderen Sowjetführern errichtet. Gleichzeitig werden Denkmäler für Helden der ukrainischen Geschichte entfernt.

Recht bezeichnend ist hier ein Propagandavideo über die Wiederaufnahme des Schulbetriebs in Mariupol, wo übrigens nur eine von 70 Schulen den Krieg unbeschadet überstanden hat. In der besetzten Stadt, in der es keinerlei Versorgung mit Gas, Strom oder Wasser gibt, werden die Menschen dafür über große mobile Fernseher informiert. Die Botschaft lautet im Kern: »Ab jetzt werden die Kinder im Geschichtsunterricht die Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg lernen«.

In Mariupol wurde ein Methodik-Seminar für diejenigen Geschichtslehrer:innen durchgeführt, die geblieben sind und bereit waren, unter dem Besatzungsregime zu arbeiten. Dabei zeigten Professor:innen aus Russland Mittel und Wege auf, wie die Mythen des Kyjiwer Regimes zu entlarven seien und den Kindern die Geschichte Russlands zu vermitteln ist. Dem unabhängigen russischen Medienportal *Medusa* zufolge stellt Russland im besetzten Gebiet Cherson bereits russische Lehrer:innen ein, um in den Schulen zwangsweise den russischen Lehrplan und die russische Sprache einzuführen.

Ungeachtet der humanitären Katastrophe in Mariupol hielten die Besatzungsbehörden am 9. Mai eine Parade zum »Tag des Sieges« ab, die von der traditionellen Pathetik begleitet wurde (etwa von einer »festlichen« Prozession mit einem riesigen orangeschwarz-gestreiften St. Georgsband, einem zentralen pro-russischen Symbol). Die russische Propaganda bezeichnet die Besatzung offiziell als »Befreiung«, wodurch Parallelen zur Befreiung der Stadt von den Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg gezogen werden.

Diese Beispiele zeigen, dass die vorrangige Aufgabe der Besetzung nicht darin besteht, ein »normales« Leben in den kriegsgebeutelten Regionen wiederherzustellen, sondern durch eine Instrumentalisierung der Geschichte gewaltsam ihre Weltsicht – und damit auch die Legitimation ihrer Macht – durchzusetzen.

Fazit

Da der Krieg weiterhin anhält, lässt sich nur ein vorläufiges Fazit ziehen. Die wichtigsten Schlüsse, die wir bisher aus dem Einsatz von Geschichte als »Waffe« im russisch-ukrainischen Krieg ziehen können, sind:

1. Die offiziellen Narrative zum ukrainischen und zum russischen historischen Gedächtnis sind von abweichenden Interpretationen zentraler historischer Fragen geprägt und dienen gegensätzlichen Zielen. Für die Ukraine geht es um einen Entkolonisierungsprozess und eine Emanzipation von Russland mit Hilfe einer Stärkung der eigenen nationalen Identität, Souveränität und Rolle als eigenständiges Subjekt. Für Russland hingegen geht es um die neoimperiale Wiedererrichtung seiner Einflussphäre, wozu implizit die Zerstörung der ukrainischen Souveränität gehört.
2. Die manipulative Argumentation zur ukrainischen Geschichte im Vorfeld der militärischen Aggression diente zu deren ideologischer Vorbereitung. Die Hauptbotschaft war, dass es keinerlei nationalstaatliche Tradition der Ukraine gibt. Es wird von »historischen Gebieten«, »historischer Einheit« und »einem Volk« gesprochen, was nicht nur unvereinbar mit internationalem Recht ist, sondern auch wissenschaftlich fundierten Geschichtskennntnissen widerspricht.
3. Die historische (oder besser pseudohistorische) Rhetorik des Kreml versucht im Zusammenspiel mit dem Vorgehen der Besatzungsregime das historische Gedächtnis und den symbolischen Raum gewaltsam

zu verändern. Es ist die wichtigste Waffe, um in den besetzten Gebieten die ukrainische Identität zu zerstören und die ukrainische kollektive Erinnerung auf eine Linie mit den russischen Narrativen zu bringen.

Aus theoretischer Sicht ist es interessant, dieses Vorgehen mit Hilfe der Theorie der Versicherheitlichung (engl.: *Securitization*) zu betrachten. Dieses Konzept beschreibt Prozesse, bei denen staatliche Akteure alltägliche politische Angelegenheiten zu Fragen der nationalen »Sicherheit« erheben. So gesehen wird die historische Erinnerung als ein Element der nationalen Sicherheit dargestellt. Es werden spezielle Gesetze erlassen, die eine obligatorische offizielle Interpretation bestimmter historischer Phänomene vorschreiben. Im Fall der russischen Aggression gegen die Ukraine sehen wir ein nahezu klassisches Szenario einer Versicherheitlichung der Erinnerung, durch die die russische Invasion gerechtfertigt werden soll: Erstens wird eine Bedrohung der russischen Geschichtsinterpretation verkündet (Entkommunisierung in der Ukraine, eine angebliche Revision des Zweiten Weltkriegs und schließlich eine vermeintliche Glorifizierung des Nazismus). Zweitens wird die Öffentlichkeit durch den Einsatz von Propaganda überzeugt, dass diese Bedrohung existiert. Und Drittens folgt schließlich die Beseitigung der Bedrohung, was als Wiederherstellung der historischen Wahrheit und Gerechtigkeit interpretiert wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Sergii Pakhomenko* ist assoziierter Professor an der Abteilung für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität Mariupol und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Global History an der Freien Universität Berlin. Er lebt derzeit in Lwiw.

Dieser Beitrag wurde als Teil einer Forschungsarbeit im Rahmen eines Non-Resident-Fellowships der Freien Universität Berlin verfasst.

Lesetipp

- Mankoff, Jeffrey: *Russia's War in Ukraine: Identity, History, and Conflict*, April 2022; <https://www.csis.org/analysis/russias-war-ukraine-identity-history-and-conflict>
- Kappeler, Andreas (2021): Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern, in: *Osteuropa* 7/21, S. 67–76, Volltext abrufbar unter: <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/revisionismus-und-drohungen/>.

Das Asow-Regiment und die russische Invasion

Von Ivan Gomza (Kyiv School of Economics)

DOI: 10.31205/UA.270.02

Zusammenfassung

Wegen seiner teilweise rechten Wurzeln wird das Asow-Regiment häufig, vor allem von russischer Propaganda, als brutale Neonazi-Bande dargestellt. Tatsächlich ist Asow jedoch ein sehr komplexes und widersprüchliches Phänomen, das dieser Artikel näher zu beleuchten versucht. Die meisten rechtsextremen Kämpfer verließen das Regiment bereits 2014 mit dessen Einbindung in die Nationalgarde. Später führten die Aufteilung von Asow in eine soziale bzw. politische Bewegung und eine Militäreinheit sowie das Verbot politischer Agitation in der Armee zu seiner weiteren Entradikalisierung und Entideologisierung. Vor dem Hintergrund der momentanen russischen Invasion gilt das Asow-Regiment als eine der professionellsten Einheiten des ukrainischen Militärs und war lange Zeit die letzte ukrainische Bastion im inzwischen von Russland eroberten Mariupol, was dem Asow-Regiment in der Ukraine einen Heldenstatus einbrachte.

Einleitung

Am 30. April 2022 sendete ein prorussischer Kanal eine Erklärung, in der sämtliche Verteidiger der Stahlfabrik Asowstal im belagerten Mariupol zur Aufgabe gedrängt wurden, wofür ihnen ihr Leben versprochen wurde. Einer von drei ukrainischen Soldaten, die ihr Versteck daraufhin verließen, war ein junger Mann mit einem patriotischen Tattoo. Das Video rühmte die humane Behandlung der Kriegsgefangenen. Später bekam die Mutter des Soldaten vom privaten Telefon des Opfers ein Foto des Tattoos zugeschickt. Der ermordete Soldat hatte dem Asow-Regiment angehört, das Tattoo bezeugte seine Identität.

Diese Tragödie zeigt beispielhaft die komplexe Rolle des Asow-Regiments im russisch-ukrainischen Krieg. Das Regiment ist eine offizielle Einheit des ukrainischen Militärs, seine Kämpfer stehen damit unter dem Schutz internationaler Kriegsgesetze. Asow ist zweifellos eine effektive Einheit: Ihre Verteidigung verhinderte über 80 Tage hinweg die komplette russische Kontrolle über das ansonsten besetzte Mariupol. Für viele Ukrainer sind die Asow-Kämpfer heroische Figuren, die ihr Land noch in der katastrophalsten Situation und gegen alle Widerstände verteidigen. In Mariupol wurde Asow zum Symbol nationalen Widerstands und eisernen Willens. Russland stellt Asow dagegen als rechtsextreme Bande dar, die die Regeln zivilisierter Kriegsführung missachtet und entsprechend behandelt wird. Putin führte Asow sogar als »Beweis« dafür an, dass die Ukraine entnazifiziert werden sollte, ein Zug, den international führende Holocaust-Forschende zurückwiesen (siehe den Offenen Brief dazu in den Ukraine-Analysen 263).

Asow scheint wie eine »magische« Zutat: Nichts ist sicher und alles möglich, setzt man sie ein. Für neutrale Beobachter ist es eine Herausforderung, inmitten der widersprüchlichen Darstellungen von russischer Propa-

ganda, Asow-Selbstdarstellungsclips, Expertenmeinungen, Bedenken von Aktivisten, offiziellen Kriegskanälen und inoffiziellen Nachrichten in den sozialen Medien das Phänomen Asow zu verstehen. Dafür ist es notwendig, auf bestehende Wahrnehmungen einzugehen und Asow im Kontext des langjährigen russisch-ukrainischen Konflikts zu betrachten.

Die Ursprünge von Asow

Ein typischer Account in den sozialen Medien bringt Asow in Verbindung mit Fackelzügen, Bootcamps für Jugendliche und rechtsextremer Gewalt. Das ist eine irreführende Darstellung, denn sie fokussiert eine bestimmte Phase der Entwicklung Asows – von 2016 bis 2019 –, die nur wenig damit zu tun hat, was Asow 2014 war oder 2022 macht. Ein besseres Verständnis für das Phänomen schafft daher ein Blick auf die gesamte Geschichte Asows.

Asow entstand im Zuge der Post-Euromaidan-Tumulte. Nach der Flucht von Präsident Janukowytsh aus der Ukraine befand sich der ukrainische Staatsapparat in einem halb paralysierten Zustand. Das wusste Russland zu nutzen, um gegen die neue proeuropäische Regierung vorzugehen: erst annektierte es die Krim, dann unterstützte es die pro-russische Dynamik in der Ostukraine. Ukrainische Entscheidungsträger versuchten mit allen Mitteln, diese einzudämmen. Im März 2014 beauftragte die Regierung etwa 50 Personen, die gegen die pro-russischen »Separatisten« in Charkiw kämpfen wollten. Ursprünglich wurden diese Freiwilligen als »kleine schwarze Männer« bekannt, eine Anspielung auf die russischen »kleinen grünen Männer«, die die Krim eingenommen haben. Nach der Sicherung Charkivs wurden die »kleinen schwarzen Männer« nach Mariupol geschickt, wo die »Separatisten« im April 2014 begonnen hatten, Behörden und militärische Anlagen

zu besetzen, um das Szenario von Luhansk und Donezk zu wiederholen. Im Mai 2014 konnten die ukrainische Armee und Freiwilligenbataillone die Separatisten besiegen. Bei der Operation koalierten die »kleinen schwarzen Männer« mit anderen Freiwilligen und Mitgliedern der ukrainischen Polizei und bildeten so das Asow-Bataillon, das in Mariupol seine ständige Basis errichtete.

In dieser frühen Phase entstanden zwei langlebige Falschannahmen über Asow: Zum einen konstatierten Beobachter die Abspaltung eines ukrainischen *Freikorps*, einer extralegalen militärischen Einheit. Zum anderen fokussieren Experten die Rolle der ultrarechten Ideologie in den Ursprüngen von Asow.

Tatsächlich agierten diejenigen, die später der Kampfkern des Asow-Bataillons wurden, von März bis Mai 2014 als Miliz. Danach wurden sie zügig ans Innenministerium angebunden, erst als Polizeibataillon, ab Herbst 2014 als Spezialeinheit der ukrainischen Nationalgarde. Formal ist die Behauptung, die Asow-Bewegung sei jemals eine Miliz gewesen, also falsch, denn der Name Asow wurde erst zur Bezeichnung der Einheit Nummer 3057 der Nationalgarde eingeführt.

Deswegen führt die Liste der Asow-Gefallenen für 2014 auch viel mehr Polizisten verschiedener Dienstgrade als Freiwillige ohne Dienstgrad (wie es typisch für eine Miliz wäre). Asow entstand also als offizielle Militäreinheit, mit Abzeichen, Nummer und entsprechendem Status seiner Kämpfer. Der Einheit Nummer 3057 der Nationalgarde gehörten im April 2022 etwa 1.500 Soldaten an.

Die Ideologien und Sichtweisen der Asow-Mitglieder sind differenzierter als meist angenommen. Im Frühjahr 2014 gab es keinerlei Anforderungen für Freiwillige, die gewillt waren, die prorussischen Separatisten zu bekämpfen: Wer über Waffenkenntnis verfügte und zur Anwendung physischer Gewalt bereit war, war willkommen. Das führte dazu, dass sich Menschen mit komplett unterschiedlichen Hintergründen Asow anschlossen: Polizeioffiziere, Euromaidan-Aktivisten, Armee-Veteranen, ausländische Freiwillige oder einfach Hitzköpfe. Was für viele überraschend ist, ist dass die meisten Asow-Mitglieder aus der Ostukraine stammen und Russisch sprechen. Unter anderem gilt dies für die letzten beiden Asow-Kommandeure, Maksym Schorin, geboren in Rubischne in der Region Luhansk, und Denys Prokopenko, dessen Wurzeln in Karelien liegen. Herkunft und bevorzugte Sprache widerlegen also russische Behauptungen über »ukrainischsprechende Bandera-Faschisten aus Lwiw«, die versuchen würden, russischsprachige Menschen in Donezk zu töten. Stattdessen ist Asow vielmehr eine regionale ostukrainische Opposition gegen den Einmarsch der Truppen der Russischen Föderation.

Die größte Gemeinsamkeit der Asow-Mitglieder war ursprünglich, dass viele von ihnen aus der Fußballszene kamen und Ultras bzw. Hooligans waren. Die Mit-

glieder dieser Szenen sind bekannt für ihre physischen Fähigkeiten, starke persönliche Bindungen und Lokalpatriotismus, weshalb sie ein natürliches Reservoir für antiseparatistischen Aktivismus darstellen. Rückblickend war es ziemlich naheliegend, dass der Kern der Charkiwer »kleinen schwarzen Männer« aus Mitgliedern der »Secta 82« bestand, einer Ultra-Gruppe von Metalist Charkiw, dem prominentesten Fußballverein der Stadt. Hinzu kamen Kämpfer, die starke persönliche Verbindungen zu Dynamo-Kyjiw-Ultras hatten, wie unter anderem der derzeitige Asow-Chef Denys Prokopenko.

Fußball-Ultras und Hooligans vertreten in vielen europäischen Staaten eine vage rechtsgerichtete Ideologie. In der Ukraine wandten sich einige von ihnen naheliegenderweise denselben sozialen Milieus zu wie die extreme Rechte. Aufgrund dieser Verbindungen schlossen sich 2014 einige Rechte dem Kampf gegen Russland und ihren Stellvertretern im Donbas an. Einige der bekanntesten öffentlichen Asow-Figuren waren Rechts-extreme, etwa Andrij Bilezkyj, Ihor Mychajlenko und Sergej Korotkich. Bilezkyj war ein führendes Mitglied der Charkiwer Zelle der ultranationalistischen »Tryzub«-Organisation gewesen und hatte die offen neonazistische Organisation »Patriot der Ukraine« gegründet, bevor er das Asow-Bataillon mitgründete. Auch Mychajlenko war Mitglied von »Patriot der Ukraine« und außerdem wegen einer Schießerei inhaftiert gewesen. Korotkich hatte die »Nationalsozialistische Gesellschaft« in Russland aufgebaut und war eine prominente Figur des russischen Neonazimilieus gewesen (unter anderem verband ihn eine Freundschaft mit dem führenden russischen Neonazi Maxim Martsinkevich), bevor er in die Ukraine auswanderte und sich Asow anschloss.

Asow wurde also 2014 – inmitten der postrevolutionären Unruhen und während des russischen Überfalls auf die Ukraine – zu einer Anlaufstelle, bei der durch diese Aggression provozierte Patrioten und ideologisch abgedriftete Rechte aufeinandertrafen. Erwähnenswert ist hierbei, dass sich die rechtsextremen Aktivisten (anders als die Ultras) um eine Stärkung ihrer Position bemühten, indem sie eine symbolische Dominanz etablierten und andere zu ihrer Gesinnung bekehrten. Eine lautstarke Minderheit übertönte so den schweigenden Kern von Asow. Beobachter schlugen wegen Asows offen neonazistischer Symbolik und kryptischer kultureller Bezüge zu rechtsextremen Werten (unter anderem die Schwarze Sonne und die Wolfsangel als Insignien) schnell Alarm.

Asow als Militäreinheit und soziale Bewegung

Die Kluft zwischen dem Lager der Ultras und dem der rechtsextremen Aktivisten wie auch die internen Dyna-

miken, die Asow zur sozialen Bewegung und zur Militäreinheit machten, werden von vielen Experten ignoriert. Diese Spaltungen entstanden bereits relativ früh in der Geschichte Asows. Als das Asow-Bataillon im November 2014 Teil der Nationalgarde geworden war, wurde Andrij Bilezkyj als parteiloser Abgeordneter ins Parlament gewählt. Da er nicht gleichzeitig Bataillonschef sein und sich auf seine politischen Aktivitäten konzentrieren konnte, überließ er sein Amt bei Asow Mychajlenko. Im Sommer 2016 trat dann auch dieser ab, um einer sozialen Bewegung vorzustehen, dem »Nationalen Korps«, das als Anker der offiziell im Oktober 2016 gegründeten politischen Partei »Nationales Korps« fungierte. Als graue Eminenz nahm auch Korotkych eine führende Rolle in der Bewegung »Nationales Korps« ein.

Es ist bezeichnend, dass die politische Fraktion – also politisch engagierte Menschen mit ausgeprägten ideologischen Überzeugungen, die schon lange vor 2014 Verbindungen zur Politik aufgebaut hatten – Asow als politisches Projekt innerhalb des Asow-Bataillons aufbaute. Politische Unternehmertypen wie Bilezkyj bemühten sich, Asows Erkennbarkeit zu kapitalisieren und über die Marke Asow breitere gesellschaftliche Kreise und politische Macht zu erreichen – was allerdings misslang.

Obwohl das »Nationale Korps« sehr darauf achtete, als im Rahmen des demokratischen Systems agierende patriotische Organisation aufzutreten, war es in umstrittene Aktivitäten verwickelt: Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, zu Angriffen auf die LGBT-Community und die Minderheit der Roma in den Jahren 2017 und 2018, zu militärischen Trainings mit Jugendlichen und Fackelzügen. Außerdem versuchte das Nationalkorps, transnationale Verbindungen zu traditionellen und rechtsextremen Bewegungen in Europa und Nordamerika aufzubauen, was bei Beobachtern die Sorge hervorrief, das »Nationale Korps« könnte zur Kadenschmiede transnationaler Rechts-Terroristen werden. So erließ der US-Kongress 2015 das Gesetz HR 2685, das die Unterstützung des Asow-Bataillons durch Waffen, Training und andere Mittel oder Maßnahmen begrenzte. Das Verbot wurde 2016 zwar wieder aufgehoben, das Schicksal des »Nationalen Korps« war jedoch besiegelt: Je länger es auf die Marke Asow setzte, desto mehr Schaden würde es dem Asow-Bataillon zufügen.

Zwischen dem politischen Projekt und der Militäreinheit zu unterscheiden, war tatsächlich eine Herausforderung, denn charismatische Offiziere (etwa Schorin oder Sobolewskyj) wechselten häufig nach ihrer Dienstzeit vom Bataillon in politische Positionen. Und auch ehemalige Kämpfer aus nicht führenden Positionen schlossen sich der Partei an. Letztlich wurde zwischen Partei und Militäreinheit aber eine institutionelle Mauer errichtet. Dazu trugen drei Entwicklungen bei.

Erstens erwies sich das »Nationale Korps« als politischer Flop. Bei den Parlamentswahlen von 2019 wagte es nicht, als unabhängige Partei teilzunehmen, sondern legte seine Ressourcen stattdessen mit anderen nationalistischen Parteien zusammen. Unter dem Dach der Swoboda-Partei versuchte es dann sein Glück, erlitt jedoch eine herbe Wahlniederlage: null Sitze im Parlament. Bei den Lokalwahlen 2020 traten Bilezkyj und seine Gefolgschaft als eigene Partei an, erneut mit schwachen Ergebnissen: Von 43.122 Sitzen in den Gemeinderäten gingen nur 18 ans »Nationale Korps«. In Mariupol, der Heimat des Asow-Bataillons, errang es keinen einzigen Sitz. Die Wahlniederlagen des »Nationalen Korps« sagen nicht nur viel über den Zustand der Rechtsextremen in der Ukraine aus, sie haben auch die zentrifugalen Tendenzen in der Asow-Bewegung verstärkt. Unpolitische Ultras, die bisher den politisch versierten Rechten gefolgt waren und ihnen so die Kontrolle über die Marke Asow und ihre Strategie gesichert hatten, stellten nun Bilezkyjs Meinungen in Frage. Nach erbitterten Kämpfen, auch in Form gewalttätiger Auseinandersetzungen, verließen sie das Nationalkorps, um unter dem Namen »Ehre« ihre eigene politische Bewegung zu starten.

Zweitens wurde das Asow-Bataillon durch ein ukrainisches Gesetz zunehmend von der Parteipolitik isoliert. Es wurde 2015 verabschiedet, trat 2016 in Kraft und verbot politische Agitation innerhalb der Armee. Zudem hatte sich eine Logik der Professionalisierung immer weiter durchgesetzt. Von 2014 bis 2022 hatte das Asow-Bataillon vier Kommandeure: Bilezkyj (2014), Mychajlenko (2014–2016), Schorin (2016–2017) und Prokopenko (seit 2017). Anders als die ersten Kommandeure, die ihre prominente Position als Sprungbrett für politische Karrieren nutzten, konzentrierte sich Prokopenko ausschließlich auf militärische Angelegenheiten wie Trainings, Waffenbesorgung und die Einsatzleitung vor Ort. Seine Amtszeit dauert schon jetzt länger als die aller anderen Kommandeure zusammen und seine unpolitische Haltung machte eine Normalisierung der Beziehungen zu US-Beratern möglich.

Asow im Zentrum der russischen Invasion

Die russische Invasion im Februar 2022 machte den militärischen Asow-Arm wesentlich bedeutender als den im Untergang begriffenen politischen Arm, das »Nationale Korps«. Als Teil der ukrainischen Nationalgarde untersteht Asow dem Östlichen Einsatzkommando und wurde 2015 zum Regiment vergrößert. Mit seinen 1.500 registrierten Kämpfern stellt es nur einen Bruchteil der 260.000 Soldaten starken Ukrainischen Armee dar. Aufgrund eines strengen Auswahlprozesses, Trainings mit Nato-Ausbildern und einem hohen Grad an taktischem Wissen erwies es sich allerdings als sehr schlagkräftig. Von 2014 bis 2022 war es an der Grenzsicherung, an

Anti-Terror-Aktionen und Kämpfen mit pro-russischen »Separatisten« beteiligt. Mit seinem Hauptquartier in Mariupol geriet Asow 2022 ins Zentrum des russischen Angriffs und verteidigte die belagerte Stadt bis Mitte Mai. Im Asovstal-Werk harnten bis zuletzt bis zu 2.000 Kämpfer, darunter das Asow-Regiment sowie Einheiten der ukrainischen Marine, des Grenzschutzes, der Polizei, sowie etwa 300 Zivilisten aus, bis sie sich aufgrund der aussichtslosen Lage schließlich ergeben mussten.

Schätzungen zufolge gelang es der Asow-Einheit während der Belagerung, bis zu 1.900 russische Soldaten zu töten, bis zu 3.500 zu verletzen und 68 Panzer, 111 Schützenpanzer, 25 Transportwagen, ein Patrouillenboot und ein SU-25-Kampfflugzeug auszuschalten. Außerdem waren zahlreiche Bataillone des Asow-Regiments an anderen Kriegsschauplätzen an wichtigen Erfolgen beteiligt. Beispielsweise zerstörte das Asow-Bataillon für Spezialoperationen ein Regiment der 90. Panzerdivision der russischen Armee im Kampf um Browary, wodurch nicht zuletzt der russische Vormarsch auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw gestoppt werden konnte. Asows Kommandeur Prokopenko erhielt für die militärischen Erfolge seines Regiments im März 2022 den höchsten ukrainischen Ehrentitel »Held der Ukraine« verliehen.

Neben militärischen Aufgaben leistete das Asow Regiment auch humanitäre Hilfe und organisierte zum Beispiel eine Evakuierung von Zivilisten aus Charkiw. Asows wichtigste humanitäre Leistung galt allerdings der Bevölkerung Mariupols, für die es Nahrungsmittel

verteilte und Unterkünfte zur Verfügung stellte. Außerdem errichtete Asow improvisierte Krankenhäuser in der belagerten Stadt.

Schluss

Die komplexe Entstehung und Entwicklung des Asow-Regiments zeigt, dass die russischen Vorwürfe, Asow sei ein Regiment von Neonazis, irreführend sind. Damit wird seitens Russland versucht, den Überfall auf die Ukraine, die Bombardierung friedlicher Städte, die Folter von Zivilisten und sogar die Hinrichtung von Soldaten unter Verletzung der Genfer Konvention zu rechtfertigen. Einen Schein von Glaubwürdigkeit bezieht die russische Rhetorik aus zwei Quellen: zum einen aus Asows komplizierter Geschichte, in der es zu Beginn durchaus Rechte gab, und zum anderen aus der Unkenntnis der breiten Öffentlichkeit über die weitere Entwicklung Asows bis heute, vor allem die Trennung zwischen der politischen Asow-Bewegung (ursprünglich vertreten durch die Partei »Nationales Korps«) und dem militärischen Asow-Regiment. Erstere ist eine nahezu irrelevante politische Kraft, letzteres eine zu weiten Teilen entpolitisierte, reguläre und professionelle Einheit der ukrainischen Armee. Das lässt Aussagen wie »Rechtsextreme Brigade tötet russische Generäle« oder »Extremisten verteidigen Mariupol« als zu kurz gegriffen erscheinen und macht sie unglaubwürdig.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Dr. *Ivan Gomza* ist promovierter Politikwissenschaftler und leitet die Abteilung Public Policy and Governance an der Kyiv School of Economics. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit Demokratisierung, autoritären Regime, Protesten und Nationalismus. Zuletzt veröffentlichte er das Buch *The Republic of Decadent Days: Ideology of French Integral Nationalism under the Third Republic* (Kyiv: Krytyka, 2021).

Lesetipps:

- Omer Bartov (2022): Why Does Russia's Leadership Keep Saying that Ukrainians Are Nazis?, in : The Wall Street Journal, 12.05.2022, <https://www.wsj.com/articles/why-does-russias-leadership-keep-saying-that-ukrainians-are-nazis-11652361854>.
- Sébastien Bourdon (2020): At Ukraine's Asgardsrei, A French Connection. <https://www.bellingcat.com/news/2020/05/01/at-ukraines-asgardsrei-a-french-connection/>.
- Michael Colborne (2022): From the Fires of War: Ukraine's Asow Movement and the Global Far Right, Stuttgart: Ibidem.
- Ivan Gomza (2022): Too Much Ado About Ukrainian Nationalists: the Asow Movement and the War in Ukraine, Krytyka, April 2022, <https://krytyka.com/en/articles/too-much-ado-about-ukrainian-nationalists-the-Asow-movement-and-the-war-in-ukraine>.
- Ukrainian Jewish Encounter. 2022. Ukraine's 'Asow Battalion' Explained. <https://ukrainianjewishencounter.org/en/news/ukraines-Asow-battalion-explained/>.
- Andreas Umland (2019): Irregular Militias and Radical Nationalism in Post-Euromaidan Ukraine: The Prehistory and Emergence of the "Asow" Battalion in 2014. *Terrorism and Political Violence*. 2019. 31(1): 105–131, DOI: 10.1080/09546553.2018.1555974.

Stepan Bandera: Geschichte, Erinnerung und Propaganda

Von Kai Struve (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)

DOI: 10.31205/UA.270.03

Zusammenfassung

Über keine andere Person der ukrainischen Geschichte existieren so gegensätzliche Bilder wie über Stepan Bandera. Für die einen ist er der Inbegriff der ukrainischen Kollaboration mit den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und der Beteiligung von Ukrainern am Holocaust. Die »banderowzy«, die Anhänger Banderas, stehen im Zentrum des propagandistischen russischen Vorwurfs, die Ukraine werde von »Nazis« beherrscht und müsse »entnazifiziert« werden. Für andere, insbesondere in der Ukraine, ist er das Symbol des heroischen ukrainischen Unabhängigkeitskampfes. Die historische Wirklichkeit ist deutlich komplizierter. Der folgende Beitrag versucht, die tatsächliche Bedeutung Banderas und die Herkunft der gegensätzlichen und zu einem großen Teil auch falschen Bilder zu skizzieren.

Stepan Bandera und die »Organisation ukrainischer Nationalisten« (OUN)

Stepan Bandera wurde 1909 als Sohn eines griechisch-katholischen Pfarrers im damals noch österreichischen Galizien geboren. Bereits Anfang der 1930er Jahre stieg er, während er an Polytechnischen Hochschule in Lemberg, das seit 1918 wieder polnisch war, studierte, zum Landesleiter der »Organisation ukrainischer Nationalisten« (OUN) in Polen auf und unterstand nur der OUN-Führung im Exil unter Jewhen Konowalez. Die OUN kämpfte im Untergrund, darunter mit Anschlägen gegen Vertreter des polnischen Staates, für die ukrainische Unabhängigkeit. Sie war eine vor allem unter der ukrainischen Jugend verbreitete illegale Organisation, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs mehrere tausend Mitglieder hatte.

Im Sommer 1934 wurde Bandera verhaftet, als der polnischen Polizei nach dem Mord an Innenminister Bronisław Pieracki umfangreiche Festnahmen von OUN-Mitgliedern gelangen. Erst im September 1939 nach dem deutschen Angriff auf Polen konnte er, wie viele andere OUN-Angehörige auch, wieder aus dem Gefängnis entkommen.

Die OUN hatte den deutschen Angriff auf Polen im September 1939 unterstützt, da sie hoffte, mit deutscher Hilfe in den mehrheitlich ukrainischen Gebieten im Südosten Polens einen ukrainischen Staat errichten zu können. Durch den Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 waren diese Hoffnungen allerdings bitter enttäuscht worden, da die ukrainischen Gebiete Polens von der Sowjetunion besetzt wurden. Aus Sicht der OUN war die Sowjetunion der bedrohlichste Feind der Ukrainer. Dafür spielten die Erinnerung an den Holodomor und die Repressionen der 1930er Jahre eine Rolle, aber auch die Befürchtung, dass schließlich mit der sowjetischen Herrschaft eine erneute sprachliche und kulturelle Russifizierung einhergehen würde.

In den folgenden zwei Jahren bis in die Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Kriegs hatte Bandera den größten politischen Einfluss. Er stand an der Spitze einer Gruppe jüngerer Aktivisten der OUN im deutsch besetzten Generalgouvernement, die eine Spaltung auslösten. Damit verlor die OUN-Führung unter Konowalez' Nachfolger, Andrij Melnyk, die Unterstützung der weit überwiegenden Mehrheit der OUN-Aktivisten im Generalgouvernement und der Organisationsstrukturen in den sowjetisch besetzten Gebieten. Die Ursache der Spaltung lag neben älteren Konflikten, die noch aus der ersten Hälfte der 1930er Jahre stammten, vor allem in der Frage, ob die OUN in den sowjetisch besetzten Gebieten einen aktiven Kampf beginnen sollte. Bandera und seine Anhänger traten dafür ein, während Melnyk dies in Übereinstimmung mit den Deutschen, die ihr Bündnis mit der Sowjetunion nicht gefährden wollten, ablehnte.

Die »Abwehr«, der militärische Nachrichtendienst der Wehrmacht, nahm eine Zusammenarbeit mit der Bandera-OUN erst im Frühjahr 1941 in den Monaten vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion auf. Nur sie verfügte über starke Untergrundstrukturen in den sowjetischen Gebieten. Das Interesse der Wehrmacht an dieser Zusammenarbeit war zum einen, dass die OUN Informationen aus den sowjetischen Gebieten liefern, vor allem aber, dass sie für den Zeitpunkt des deutschen Angriffs einen Aufstand im sowjetischen Hinterland vorbereiten sollte. Zu beidem war nur die Bandera-OUN in der Lage, nicht aber die Melnyk-Gruppe.

Beide Teile der OUN und auch weitere ukrainische Exil-Gruppen unterstützten den deutschen Angriff auf die Sowjetunion, da sie erneut hofften, mit deutscher Unterstützung einen ukrainischen Staat gründen zu können. Unmittelbar nach der Besetzung der westukrainischen Hauptstadt Lemberg erklärte Banderas

Stellvertreter Jaroslaw Stezko am 30. Juni 1941 hier die Gründung des ukrainischen Staats und die Einsetzung einer ukrainischen Regierung. Gleichzeitig initiierte die OUN an vielen Orten ukrainische Verwaltungen und lokale Milizen, die sie als Grundlage für eine ukrainische Staatsbildung ansah. Die Deutschen lehnten die Staatsgründung jedoch ab. Als Bandera und Stezko sich weigerten, sie zurückzunehmen, wurden sie am 5. bzw. 9. Juli verhaftet, nach Berlin gebracht und später bis in den Herbst 1944 in einer Sonderabteilung des KZ Sachsenhausen inhaftiert. In den Wochen nach ihrer Festnahme versuchten Bandera und Stezko die Deutschen weiterhin davon zu überzeugen, ihre Politik gegenüber der Ukraine zu ändern. Hitler hatte jedoch bereits am 16. Juli 1941 entschieden, dass es keinen ukrainischen Staat geben sollte, sondern dass die ukrainischen Territorien unter direkte deutsche Herrschaft gestellt und einem brutalen Regime von Unterdrückung und Ausbeutung unterworfen werden sollten.

Die Deutschen begannen nun, ihnen bekannte Angehörige der OUN aus den lokalen Verwaltungen und einheimischen Polizeieinheiten in der Ukraine zu entfernen. Im Herbst folgten umfangreiche Festnahmen unter Mitgliedern der Bandera-OUN, soweit sie den Deutschen bekannt waren. Viele wurden in Konzentrationslager eingewiesen. Im Reichskommissariat Ukraine wurden zahlreiche OUN-Mitglieder, die in die Hände der deutschen Sicherheitspolizei fielen, erschossen.

Die OUN sah gleichwohl in der Sowjetunion weiterhin den gefährlicheren Feind und zögerte deshalb, einen aktiven Kampf gegen die deutsche Okkupation zu beginnen. Mit einem aktiven, bewaffneten Widerstand begann sie erst Anfang 1943 im westukrainischen Wolhynien, nachdem sie hier gegen Ende 1942 die »Ukrainische Aufstands-Armee« (UPA) ins Leben gerufen hatte.

Ideologie und Verbrechen

Die Bandera-OUN war eine radikalnationalistische Organisation, die der Stärkung der eigenen Nation alle übrigen Werte unterordnete. Ob sie faschistisch war, ist unter Historikern umstritten und hängt auch davon ab, welche Definition von »Faschismus« herangezogen wird. Die OUN selbst übernahm diesen Begriff nicht, obwohl manche Mitglieder dafür eintraten. Sie gehörte aber ohne Zweifel zu den gewaltbereiten, radikalen nationalistischen Organisationen, die es in den 1930er Jahren in den meisten Ländern Europas gab und die auch faschistische Parteien einschlossen. Älteren Definitionen von Faschismus entsprach sie nicht. Neuere Definitionen, die vor allem auf Roger Griffins Arbeiten zurückgehen und die ideologischen Elemente gegenüber Organisationsstrukturen und politischer Praxis in den Mittelpunkt stellen, lassen sich jedoch auf die OUN anwenden. Die zeitweise Zusammenarbeit der OUN mit dem national-

sozialistischen Deutschland beruhte jedoch nicht auf einer durchaus vorhandenen ideologischen Nähe, sondern vor allem darauf, dass die OUN hoffte, mit deutscher Hilfe einen ukrainischen Staat gründen zu können.

Obwohl die Zusammenarbeit der OUN mit den Deutschen schon in den Wochen nach Kriegsbeginn endete, war sie in der Zeit der deutschen Okkupation für Massenverbrechen verantwortlich. Diese verübte sie jedoch, mit einigen Ausnahmen im Sommer 1941, nicht in deutschen Diensten, sondern als Teil ihres Kampfes für eine unabhängige Ukraine, der den deutschen Absichten für die Ukraine entgegenstand. Zu den Massenverbrechen der Bandera-OUN gehörten zum einen Morde während des Herrschaftswechsels im Sommer 1941 in der Westukraine. Kampfgruppen oder von der OUN ins Leben gerufene lokale Milizen ermordeten hier mehrere Tausend Personen, die sie für Unterstützer der Sowjets und ihrer Verbrechen in den vorherigen 21 Monaten der sowjetischen Herrschaft hielten. Vorwiegend fielen diesen Morden Juden zum Opfer. Das Stereotyp, das Juden Träger und Unterstützer des sowjetischen Regimes seien, war auch in der OUN weit verbreitet. Teilweise hatten diese Gewalttaten einen pogromartigen Charakter unter Beteiligung weiterer Einwohner, insbesondere in Orten, in denen in den Tagen zuvor sowjetische Massenmorde an Gefängnisinsassen stattgefunden hatten.

Das größte Verbrechen waren allerdings Morde an mindestens 60.000 Polen – manche Schätzungen nennen bis zu 100.000 Opfer – in den Jahren 1943/44 durch Einheiten der UPA. Sie standen mit dem Beginn des aktiven, bewaffneten Kampfes der UPA gegen die Deutschen Anfang 1943 in Verbindung. Morden der UPA fielen in dieser Zeit auch Juden zum Opfer, die bis dahin in Verstecken überlebt hatten. Zu dieser Ausweitung der Gewalt trug bei, dass sich der UPA im Frühjahr 1943 eine große Zahl aus deutschen Diensten desertierten einheimischen Polizisten anschlossen, die vorher in die deutschen Massenmorde an Juden in Wolhynien involviert gewesen waren.

Die OUN war, nachdem die Deutschen seit August 1941 systematischer begannen, OUN-Mitglieder aus der einheimischen Polizei zu entfernen, bestrebt, dort Angehörige ihrer Organisation zu halten, um Einfluss zu bewahren. In diesen einheimischen Polizeieinheiten waren auch die OUN-Mitglieder an Verbrechen des deutschen Okkupationsregimes beteiligt, darunter auch dem Holocaust. Die OUN versuchte nicht, diese Verbrechen oder die Beteiligung ihrer Mitglieder daran zu verhindern. Verbrechen der einheimischen Polizeieinheiten können jedoch auch nicht der OUN zugerechnet werden.

Bandera selbst trug eine Mitverantwortung für die Verbrechen im Sommer 1941, auch wenn er nicht unmit-

telbar beteiligt war, da er die OUN zu dieser Zeit führte. Die Morde gingen zu einem großen Teil aus Instruktionen für den lokalen Machtwechsel hervor, auch wenn es keine konkreten Anweisungen für Massenmorde an Juden gab. 1943 befand er sich hingegen schon mehr als eineinhalb Jahre in Haft und hatte keinen direkten Einfluss mehr auf die Geschehnisse. Bandera und seine Anhänger hatten jedoch in der Vorkriegszeit zu einer weiteren Radikalisierung des Nationalismus der OUN beigetragen. Der von ihnen angestrebte Nationalstaat sollte ethnisch möglichst homogen sein und »feindliche Nationalitäten« wie Polen und Juden keine gleichen Rechte genießen, sondern verdrängt werden.

Die weit verbreitete Vorstellung, Bandera und die OUN hätten die ukrainische Kollaboration mit den Deutschen verkörpert und Massenverbrechen in ihren Diensten verübt, ist jedoch offensichtlich falsch. Andere, weniger bedeutende ukrainische Gruppierungen standen den Deutschen näher als die Bandera-OUN. Es gab, wie in allen besetzten Ländern, auch in der Ukraine eine einheimische Lokalverwaltung und Polizeikräfte. Mit Ausnahme der ersten Kriegswochen waren dies jedoch keine Organe der OUN.

Der antisowjetische Widerstand

Der Kampf, auf den sich die UPA vor allem vorbereitet hatte, begann mit der Rückkehr der sowjetischen Armee in die westlichen Gebiete der Ukraine 1944. Die OUN hatte auch in den vorhergehenden Jahren weiterhin die Sowjetunion als die größte Bedrohung für die Ukraine betrachtet und deshalb gezögert, einen aktiven Kampf gegen die deutsche Besatzung zu beginnen. Der bewaffnete Widerstand gegen die Erneuerung der sowjetischen Herrschaft genoss, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem sowjetischen Regime in den Jahren 1939–41, breite Unterstützung in der Bevölkerung und ließ die Reihen der UPA beträchtlich anwachsen. Die Kämpfe forderten viele Zehntausend Opfer, bevor die UPA schließlich Anfang der 1950er Jahre besiegt war. Mehrere hunderttausend Ukrainer wurden in den Lagern des Gulag inhaftiert oder ins Innere der Sowjetunion deportiert.

Die OUN stellte Bandera auch nach seiner Verhaftung im Juli 1941 als ihren Anführer heraus. Die UPA-Angehörigen wurden umgangssprachlich als »banderiwzi« (auf Ukrainisch) oder »banderowzy« (auf Russisch) bezeichnet. Die sowjetische Propaganda nutzte den Vorwurf, die ukrainischen Nationalisten seien faschistische deutsche Kollaborateure, um die brutale Unterdrückung des ukrainischen Widerstands zu rechtfertigen. Demgegenüber war es nach der militärischen Niederlage der UPA vor allem in der Westukraine ein Akt des fortgesetzten Widerstands gegen die sowjetische Herrschaft, ein positives Bild der antisowjetischen Aufständischen

zu bewahren. Auf diese Identifikation Banderas mit dem ukrainischen Unabhängigkeitskampf und dem bewaffneten antisowjetischen Widerstand der UPA geht sein polarisiertes Bild in der Ukraine und in Russland zurück.

Stepan Bandera blieb nach dem Zweiten Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen und später der Bundesrepublik Deutschland. Er stand weiterhin an der Spitze der OUN und beanspruchte auch die Führung über die UPA. Er war hier jedoch nicht unumstritten. Dazu trug bei, dass er sich einer demokratischen Umorientierung, die die OUN – manche meinen nur nach außen hin – bereits 1943 ohne Banderas Beteiligung eingeleitet hatte, widersetzte. Die westlichen Staaten, insbesondere die USA, unterstützten in den ersten Nachkriegsjahren die UPA und verschiedene exilukrainische Gruppierungen. Die USA bevorzugten allerdings die Zusammenarbeit mit gemäßigeren Akteuren. Beides führte zu Konflikten und Abspaltungen in der Exil-OUN. Schließlich wurde Bandera im Oktober 1959 in München von einem KGB-Agenten ermordet. Damit wurde er zu einer Art Märtyrer im Kampf gegen die sowjetische Unterdrückung der Ukraine. Gleichzeitig blieb er im ukrainischen Exil jedoch eine umstrittene Person.

Propaganda und Erinnerung

Die sowjetische Propaganda der Nachkriegszeit zeichnete ein Bild aller antisowjetischen nationalukrainischen Kräfte als faschistische Kollaborateure der Deutschen. Darauf geht zurück, dass Putin und viele russische Medien den Krieg gegen die Ukraine damit begründen, dass die Ukraine von »Nazis« beherrscht werde. Sowjetische Publikationen verwischten die Unterschiede zwischen den verschiedenen ukrainischen Gruppierungen, die den deutschen Angriff unterstützt hatten, und verschwiegen oder vernebelten den Bruch zwischen der Bandera-OUN und den Deutschen nach den ersten Kriegswochen. Darüber hinaus zeigte sie die ukrainischen Nationalisten als vorwiegend von außen in deutschen Diensten ins Land gekommene Kräfte, die als brutale deutsche Henkersknechte das sowjetische und ukrainische Volk unterdrückt hätten und dann mit ihnen wieder aus dem Land vertrieben worden seien. Im westlichen Ausland würden sie nun ihre feindliche Tätigkeit in Diensten des amerikanischen und anderer Nachrichtendienste fortsetzen. Sie hätten keine wirkliche Unterstützung im ukrainischen Volk. Sowjetische Veröffentlichungen über den antisowjetischen ukrainischen Nationalismus hatten die klare Funktion, ein Feindbild zu zeichnen, das der Mobilisierung gegen seinen Einfluss in der sowjetischen Ukraine, der ukrainischen Diaspora und teilweise auch der weiteren internationalen Öffentlichkeit dienen sollte. Sie waren kein Beitrag zu einer wirklichen Diskussion des Problems der Zusammenarbeit von Ukrainern und anderen Einwohnern der Sowjetunion mit den

Deutschen während der deutschen Okkupation und von Verbrechen der ukrainischen Nationalisten.

Erst mit der Unabhängigkeit Anfang der 1990er Jahre konnte in der Ukraine öffentlich an den antisowjetischen Widerstand erinnert werden, ohne die sowjetischen Propagandamotive zu wiederholen. Dabei stießen nun die nationale, vorwiegend in der Westukraine verankerte Sichtweise und das sowjetische Feindbild des ukrainischen Nationalismus aufeinander, das vor allem im russischsprachigen und stärker sowjetisch geprägten Osten der Ukraine einflussreich war. Zum umstrittenen Symbol dieses Erinnerungskonflikts wurde Stepan Bandera. Für die einen verkörperte er den ukrainischen Unabhängigkeitskampf und den Widerstand der UPA gegen die sowjetische Herrschaft und für die anderen den »ukrainischen Faschismus« und die Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland.

Diese Gegensätze verschärften sich im Jahrzehnt zwischen 2004 und 2014. Sie waren Teil einer starken politischen Polarisierung in dieser Zeit zwischen Parteien und Politikern, die eine Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit gegenüber Russland und eine Westorientierung anstrebten, und stärker in sowjetischen Traditionen stehenden, russisch orientierten Kräften. Es war vor allem dieser Kontext, in dem in der Westukraine Bandera-Denkmäler und andere Formen der Ehrung entstanden. In der gleichen Zeit wurden im Osten und Süden der Ukraine Denkmäler zur Erinnerung an Angehörige der sowjetischen Sicherheitsorgane und anderer Opfer der UPA errichtet.

2013/14 benutzten die Anhänger des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytch und Russland das Feindbild des »ukrainischen Faschismus« gegen den Euro Majdan, zur Rechtfertigung der Besetzung der Krim und vor allem zur Auslösung des Kriegs im Donbas. In den folgenden Jahren diente es Russland dazu, die Unterstützung der Separatistenrepubliken im Donbas zu rechtfertigen und die Ukraine als einen gescheiterten Staat darzustellen. Mit Begriffen und Motiven, die aus dem Fundus sowjetischer Darstellungen des »Großen Vaterländischen Kriegs« stammten, hielten russische Medien die Vorstellung einer Bedrohung durch die Ukraine aufrecht, indem sie vor Massenmorden und einem »Genozid« an den russischsprachigen Bewohnern des Donbas warnten. Solche Motive wiederholte Putin im Februar dieses Jahres, um den Angriff auf die Ukraine zu begründen.

Die propagandistische Instrumentalisierung hat allerdings auch dazu geführt, dass das aus sowjetischer Zeit stammende Motiv des »ukrainischen Faschismus« in der Ukraine seit 2014 weitgehend diskreditiert ist. Die Folge ist jedoch keine Stärkung des Bandera-Kults, auch wenn in den letzten Jahren in manchen Orten der Zentral- und Ostukraine Straßen nach Bandera benannt

worden sind, sondern die abnehmende Politisierung des Themas hat dazu beigetragen, einen größeren Raum für eine differenzierte Diskussion zu schaffen. Befürchtungen, ein 2015 verabschiedetes Gesetz, das den Angehörigen von OUN und UPA den Status von Kämpfern für die Unabhängigkeit der Ukraine zusprach, könne benutzt werden, um kritische Forschungen und Debatten zu unterbinden, haben sich nicht bestätigt.

Fazit

Insgesamt herrschen in der Wahrnehmung Banderas und seiner Erinnerung in der Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit zwei Missverständnisse vor. Zum einen gibt es eine falsche Deutung des Verhältnisses der Bandera-OUN zu den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs, die in mancher Hinsicht den Verfälschungen der in Russland bis heute fortwirkenden sowjetischen Propaganda ähnelt. Aus einer ideologischen Nähe folgte nicht, dass sie auch in den politischen Zielen übereinstimmten. Während die Bandera-OUN einen eigenständigen ukrainischen Staat anstrebte, errichteten die Deutschen in den besetzten Gebieten ein brutales Regime von Ausbeutung und Unterdrückung unter direkter deutscher Herrschaft. Bandera und die OUN verkörperten nicht die ukrainische Kollaboration, sondern das Verhältnis zwischen den Deutschen und ihnen war distanzierter und schließlich feindlicher als zwischen dem NS-Regime und anderen antisowjetischen ukrainischen Gruppierungen. Seit Anfang 1943 bekämpfte die Bandera-OUN die Deutschen aktiv.

Zum anderen wird in der deutschen Öffentlichkeit die Bandera-Verehrung in der Ukraine häufig als Beleg für die fehlende Auseinandersetzung mit der ukrainischen Kollaboration und für einen starken nationalistischen, rechtsextremen Einfluss in der Ukraine gesehen. Auch eine solche Deutung führt zu falschen Schlüssen, wenn nicht gleichzeitig berücksichtigt wird, dass die Erinnerungsgeschichte an die großen Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts in Osteuropa und insbesondere in der Ukraine komplizierter ist als die deutsche oder die westeuropäische. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Verbrechensgeschichte der OUN und der UPA ist in der Ukraine lange Zeit durch die sowjetische und später russische Instrumentalisierung des Vorwurfs des »ukrainischen Faschismus« blockiert worden.

Der russische Vorwurf des »ukrainischen Faschismus« diente in den vergangenen zwei Jahrzehnten einem imperialen Herrschaftsanspruch über die Ukraine. Im Bestreben, die eigene Geschichte und Unabhängigkeit dagegen zu verteidigen, fanden auch Belege über tatsächliche Verbrechen von OUN und UPA oft keinen Glauben. Das verhinderte nicht selten die Einsicht, dass die Ideologie und Praxis der OUN und Bandera als histori-

sche Person nicht als Vorbilder eines an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit orientierten Gemeinwesens taugen.

Tatsächlich hat der russische Krieg gegen die Ukraine nun aber mehr als deutlich gezeigt, dass die Gefahr eines neuen Faschismus nicht aus einer unkritischen Vereh-

rung Banderas und der OUN in der Ukraine hervorgeht, sondern aus der fehlenden kritischen Auseinandersetzung mit russischen und sowjetischen imperialen Herrschaft und sowjetischen Massenverbrechen in Russland.

Eine kürzere, frühere Fassung dieses Beitrags erschien unter dem Titel »Faschist oder Held?«, Süddeutsche Zeitung, 03.06.2022, S. 11.

Über den Autor:

Dr. Kai Struve ist Privatdozent am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Ukraine und Polens im 19. und 20. Jahrhundert.

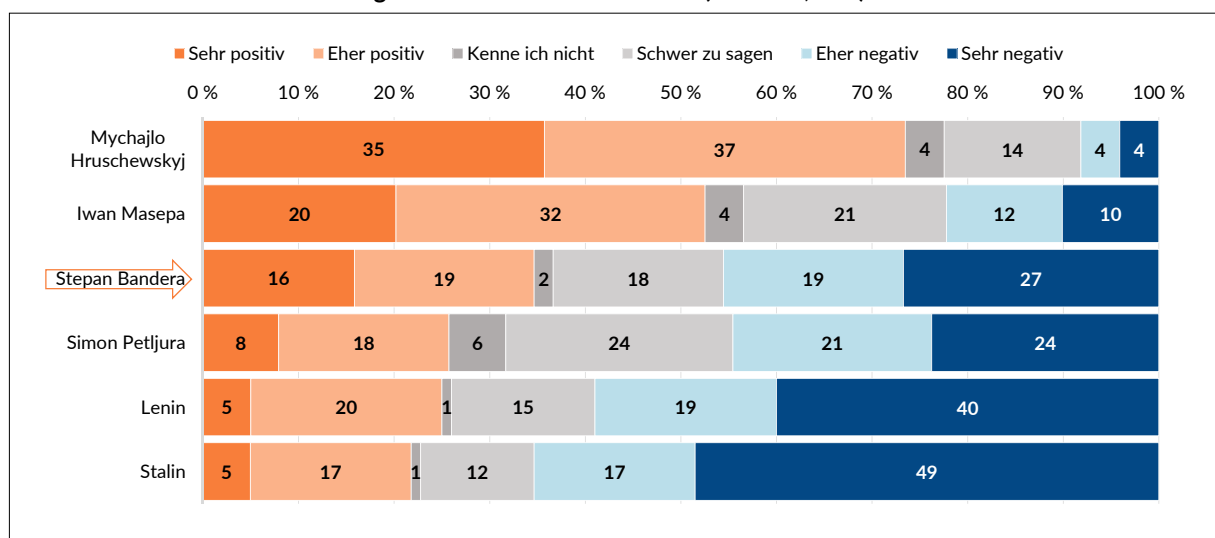
Literatur:

- Bruder, Franziska: »Den ukrainischen Staat erkämpfen oder sterben!« Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 1929–1948, Berlin 2007
- Himka, John-Paul: Ukrainian Nationalists and the Holocaust. OUN and UPA's Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry, 1941–1944, Stuttgart 2021
- Petrenko, Olena: Unter Männern. Frauen im ukrainischen nationalistischen Untergrund 1944–1954, Paderborn 2018
- Rossoliński-Liebe, Grzegorz: Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist. Fascism, Genocide, and Cult, Stuttgart 2014
- Struve, Kai: Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine, Berlin 2015

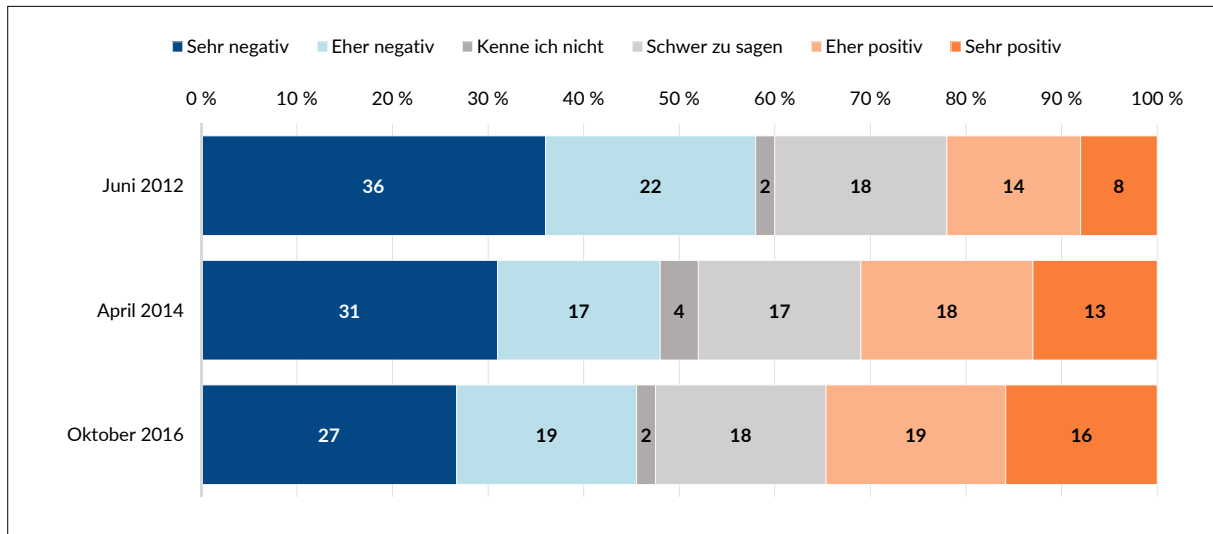
UMFRAGEN

Einstellung zu Stepan Bandera

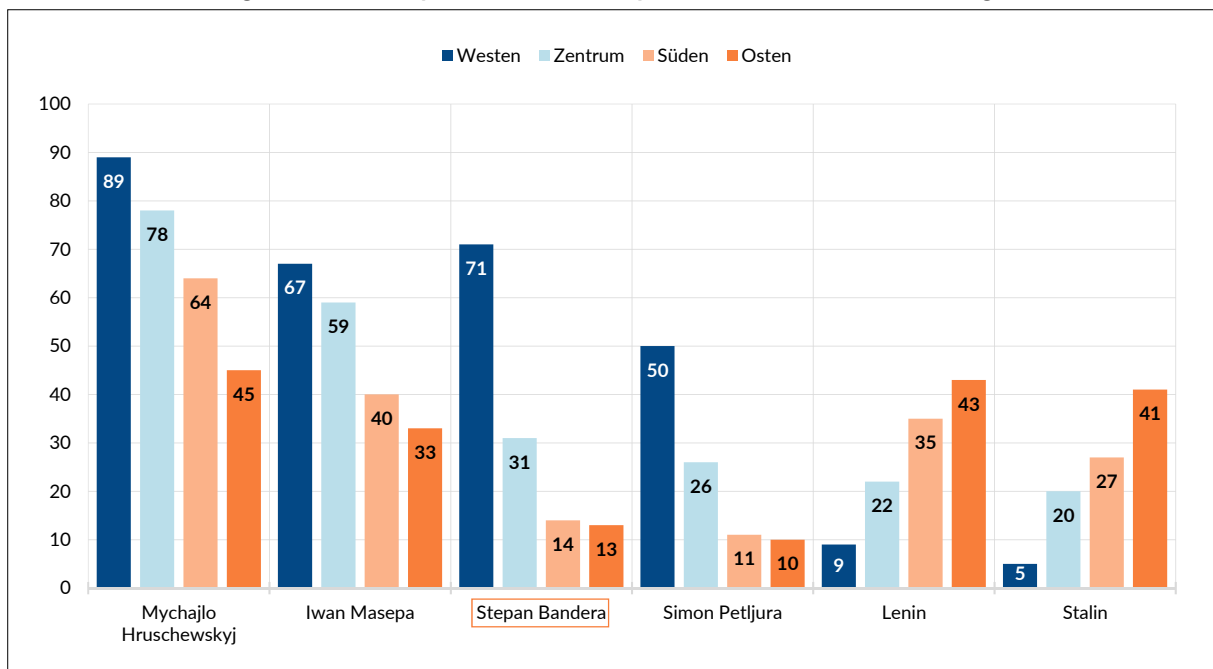
Grafik 1: Wie stehen Sie zu folgenden historischen Personen (Auswahl, in %)



Quelle: Rating-Agentur, Einstellung zu einzelnen historischen Figuren und der Prozess der Dekommunisierung in der Ukraine, 17.11.2016, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnohenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html.

Grafik 2: Wie stehen Sie zu Stepan Bandera? (in %)

Quelle: Rating-Agentur, *Einstellung zu einzelnen historischen Figuren und der Prozess der Dekommunisierung in der Ukraine*, 17.11.2016, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html.

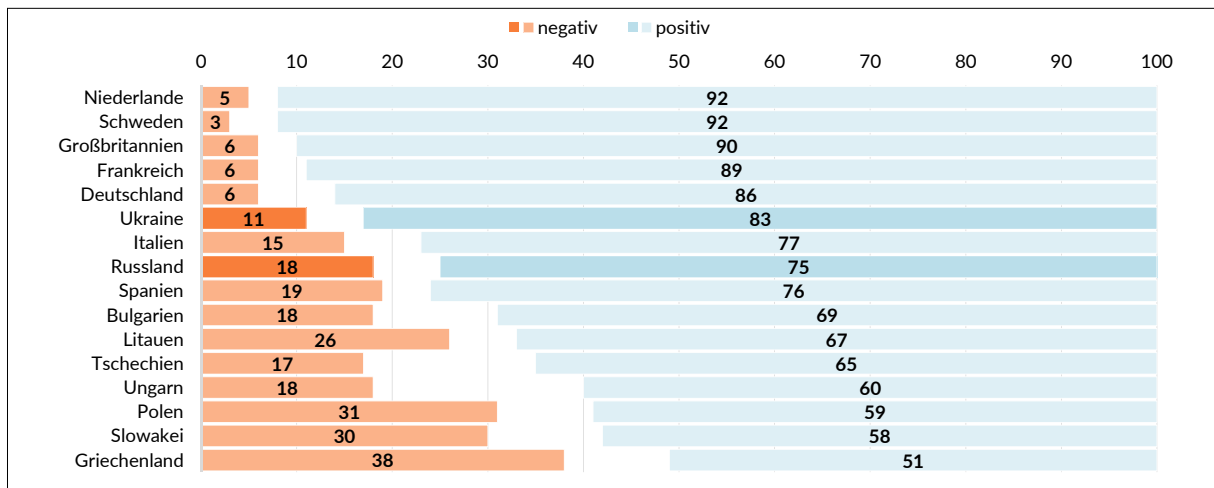
Grafik 3: Positive Einstellung gegenüber ausgewählten historischen Persönlichkeiten (nach Region, in %, »sehr positive« und »eher positive« Antworten zusammengefasst)

Quelle: Rating-Agentur, *Einstellung zu einzelnen historischen Figuren und der Prozess der Dekommunisierung in der Ukraine*, 17.11.2016, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizacii_v_ukraine.html.

STATISTIK

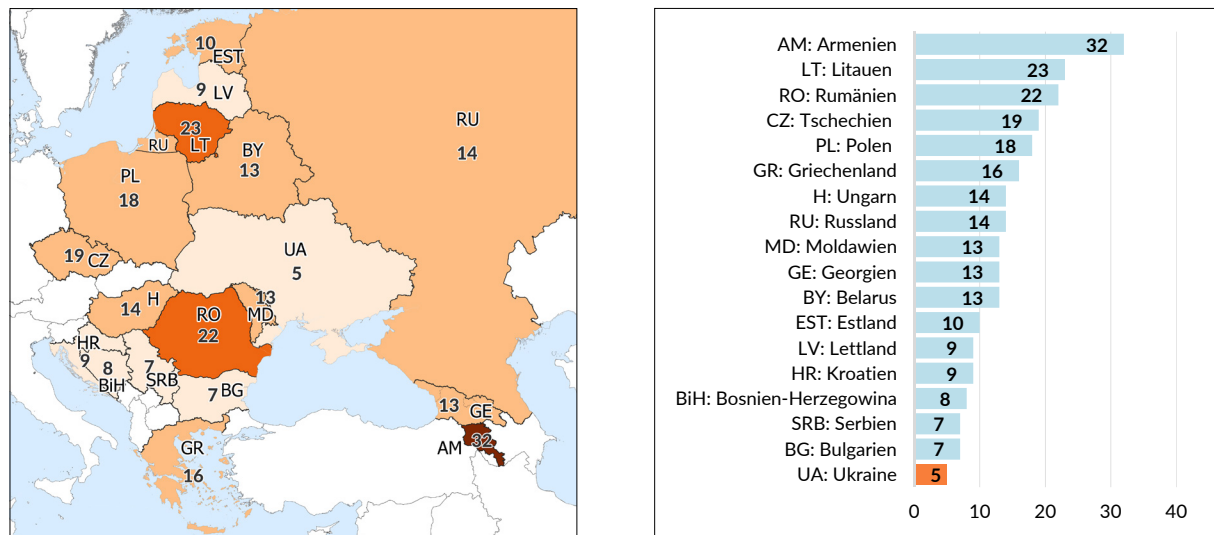
Antisemitismus in (Ost-)Europa

Grafik 1: % derjenigen, die ein positives/negatives Bild über Jüd:innen in ihrem Land haben (ausgewählte europäische Länder)



Quelle: Pew Research, *Half or more in all European countries surveyed have a favorable view of Jews*, 10.10.2019, https://www.pewresearch.org/global/2019/10/14/minority-groups/pg_10-15-19-europe-values-06-05/.

Grafik 2: % derjenigen, die Jüd:innen nicht als Mitbürger:innen akzeptieren würden (ausgewählte ostmitteleuropäische und osteuropäische Länder)



Quelle: Pew Resarch, *In some countries in Central and Eastern Europe, roughly one-in-five adults or more say they would not accept Jews as fellow citizens*, 27.03.2018, https://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/03/28/most-poles-accept-jews-as-fellow-citizens-and-neighbors-but-a-minority-do-not/ft_18-03-26_polandholocaustlaws_map/.

KOMMENTAR

Erinnerungskultur in der »Zeitenwende«. Die deutsche Weltkriegserinnerung und der Ukrainekrieg

Von Stephan Scholz (Universität Oldenburg)

Zusammenfassung:

Neben Kanzler Olaf Scholz und den Verfasser:innen Offener Briefe scheinen auch breite Teile der Gesellschaft in Deutschland bei Waffenlieferungen in die Ukraine zu zögern. Ein Grund für dieses Zaudern ist die viel gelobte deutsche Erinnerungskultur.

Viele Deutsche tun sich schwer damit, die Ukraine in ihrem Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg militärisch zu unterstützen. Eine in der Regierungspolitik vor allem auf Seiten der SPD deutlich erkennbare Zögerlichkeit scheint – wenn man aktuellen Umfragen glauben darf – auch in Teilen der Bevölkerung verbreitet zu sein. Personen des öffentlichen Lebens bringen in Talkshows, Zeitungsartikeln und offenen Briefen nicht nur ihre Ablehnung gegenüber der Lieferung von schweren Waffen zum Ausdruck. Sie äußern auch generell Unbehagen und Zweifel an einer militärischen Gegenwehr, deren letztendlicher Nutzen ihnen angesichts der Opfer und einer möglichen Ausweitung des Krieges fraglich erscheint.

Gelegentlich explizit und noch häufiger implizit wird dabei auf die deutsche Erfahrung des Zweiten Weltkriegs Bezug genommen und auf die Lehren, die daraus zu ziehen sind. Generationsbedingt spielen dabei eigene Erinnerungen nur noch bei wenigen Akteuren eine Rolle (und führen auch zu höchst unterschiedlichen Schlussfolgerungen, zum Beispiel bei Klaus von Dohnanyi und Gerhart Baum). Manche rekurren, wie Harald Welzer, auf familiäre Kriegserinnerungen. Von noch größerer Bedeutung ist heute aber wohl die öffentliche Erinnerungskultur, die sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat und den gesellschaftlichen Blick auf Geschichte und Gegenwart gleichermaßen prägt.

Eine »offene und selbstreflexive Debatte um erneuerte historische Vergewisserung« sei in einem »Deutschland der »Zeitenwende« dringend nötig, schreibt Michael Wildt im Zusammenhang der Debatte über das Verhältnis von Holocaust und Kolonialismus. Aber gerade auch der Krieg in der Ukraine stellt die deutsche Erinnerungskultur auf den Prüfstand. Es stellt sich die Frage, auf welche Weise sie zu einer zurückhaltenden und zögerlichen Haltung gegenüber einer militärischen Unterstützung der Ukraine beigetragen hat. Bedürfen bestimmte erinnerungskulturelle Gewissheiten und Gewichtungen vor diesem Hintergrund einer neuen Bewertung oder veränderten Justierung?

»Nie wieder Auschwitz« – »Nie wieder Krieg«
Konstitutiver Bezugspunkt und negatives Zentralereignis der deutschen Erinnerungskultur ist heute unbestreit-

bar der Holocaust. »Nie wieder Auschwitz!« ist seit den 1980er Jahren erinnerungskultureller Kernbestand und handlungsleitende Maxime zugleich. Vor allem im politisch eher linken Spektrum verband sich damit vielfach das pazifistische Diktum »Nie wieder Krieg!«. Zusammen wirkten beide lange Zeit wie zwei Seiten derselben Medaille. Tatsächlich war der Holocaust nur vor dem Hintergrund des deutschen Eroberungskrieges möglich geworden. Andererseits wurde Auschwitz aber auch nur durch die Kriegführung der Alliierten befreit und die Shoah durch ihren militärischen Einsatz beendet.

Dass eine Umsetzung von »Nie wieder Auschwitz!« bedeuten konnte, auch militärisch eingreifen zu müssen, wurde in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit den Kriegen im zerfallenden Jugoslawien in einem für viele schmerzhaften und kontrovers geführten Prozess zunehmend erkannt. Trotz dieser Erkenntnis blieb dennoch die Ansicht dominierend, dass Deutschland sich wegen seiner Geschichte bei militärischen Aktionen besonders zurückhalten sollte.

Aufgrund der historischen Erfahrung, mit dem Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid über andere Völker gebracht zu haben und an seinem Ende auch selbst Opfer dieses Krieges geworden zu sein, hielt sich die Überzeugung, dass Krieg prinzipiell ein illegitimes Mittel sei und insbesondere von deutscher Seite nicht angewendet werden dürfe. Dies galt vor allem für Konflikte, die nicht eindeutig mit genozidalen Verbrechen einhergingen.

Die Verhinderung bzw. Beendigung des Völkermordes an den Juden und Jüdinnen war auf Seiten der Alliierten im Zweiten Weltkrieg allerdings weder Ursache noch primäres Motiv ihrer Kriegsführung. Sie reagierten vielmehr auf die aggressive Expansionspolitik Deutschlands. Die damit verbundenen deutschen Verbrechen unterhalb der Schwelle des Völkermordes – der deutsche Angriffskrieg, die Bombardierung von Städten, massenhafte Verschleppungen von Zivilisten zur Zwangsarbeit, die rassistische und brutale Besatzungspolitik gegenüber der Bevölkerung nicht nur, aber vor allem in Osteuropa – sind in der deutschen Erinnerungskultur weniger verankert. In den davon betroffenen Ländern sind sie dagegen nach wie vor präsent. Sie legitimieren hier

rückblickend den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland ebenso wie die grundsätzliche Überzeugung, dass Kriege notwendig sein können.

Kämpfen lohnt sich nicht

Anders als ihre ehemaligen Kriegsgegner haben die Deutschen nicht die Erfahrung eines breiten und letztlich erfolgreichen Widerstandes sowie der Selbstbefreiung vom Nationalsozialismus gemacht. In die deutsche Erinnerungskultur ging vielmehr die Erfahrung ein, im Zweiten Weltkrieg für die falsche Sache und nur in sehr wenigen Fällen und zudem vergeblich gegen den Nationalsozialismus gekämpft zu haben. Die deutsche Bilanz aus dem Zweiten Weltkrieg war, dass der Kampf der Soldaten schlecht und die wenigen Beispiele gewaltsamen Widerstandes erfolglos geblieben waren.

»Unsere Großeltern [...] haben Widerstand geleistet. Und das müssen wir auch heute tun.« Ein solcher Satz, den der britische Publizist Paul Mason kürzlich zum Ukrainekrieg schrieb, ist in der deutschen Debatte noch nicht gefallen und auch nur schwer vorstellbar. Die historische Erfahrung eines notwendigen Kampfes für eine gerechte Sache fehlt in der jüngeren deutschen Erinnerungskultur ebenso wie die Erfahrung, dass gewaltsamer Widerstand gegen einen verbrecherischen Gegner nicht nur moralisch geboten, sondern auch erfolgreich sein kann. Die deutsche Erfahrung, dass es sich nicht zu kämpfen lohnt, fundierte dagegen eine Nachkriegserinnerung, die langfristig zu einer weitverbreiteten Distanz zu jeglichen Formen von Krieg und Gewalt führte.

Damit hatte sich auch das Modell einer heroischen Kriegserinnerung für die Deutschen erledigt. Anders in der Erinnerungskultur der Alliierten und der ehemals besetzten Länder: Die Erinnerung an Soldat:innen, Widerstandskämpfer:innen und Partisan:innen, die den Nationalsozialismus nach langem Kampf schließlich erfolgreich besiegt und dafür Gesundheit oder Leben geopfert hatten, begründete und festigte hier durchaus auch ein heroisches Gedächtnis. Es wirkt bis in die Gegenwart fort und wird von deutscher Seite oft mit einer sich postheroisch gebenden Überheblichkeit als vermeintlich aus der Zeit gefallen belächelt. Erst spät und ganz allmählich verankerte sich in der deutschen Erinnerungskultur die Überzeugung, durch den Kampf der anderen nicht nur besiegt, sondern ebenfalls befreit worden zu sein.

Opferidentität und Aufarbeitungsstolz

Die Erinnerung an die siegreichen alliierten Soldaten blieb jedoch ambivalent. Vor allem die Sowjetsoldaten der Roten Armee – schon bei Kriegsende oft verkürzt als »die Russen« bezeichnet – wurden und werden bis heute vor allem als Vergewaltiger deutscher Frauen, als Vertreiber der deutschen Bevölkerung aus dem Osten oder als spätere Besatzer im Ostteil des Landes erin-

tert. Nicht zuletzt aus dieser Erinnerung heraus resultiert heute eine besondere Furcht vor »den Russen«, die als potenziell brutale Gewalttäter besser nicht provoziert, sondern mit denen lieber eine gütliche Einigung gesucht werden sollte.

Die Deutschen selbst bildeten dagegen ein ambivalentes Opfer-Täter-Gedächtnis aus. Dem lange dominierenden Selbstbild als Opfer der Niederlage, alliierter Siegerwillkür oder des Krieges selbst stellte sich später ein Täterbewusstsein an die Seite, das sich vor allem auf die Erinnerung an den Holocaust gründete. Heute gehört die »Aufarbeitung« besonders dieses Teiles der deutschen Geschichte fest zum erinnerungskulturellen Selbstverständnis. Dies führt in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten allerdings gelegentlich auch zu selbstgefälliger Überheblichkeit gegenüber Repräsentanten nichtdeutscher Gesellschaften, die in dieser Hinsicht als rückständig betrachtet werden – wenn sie sich zum Beispiel noch nicht gleichermaßen intensiv mit ihrer Kollaborationsgeschichte auseinandergesetzt haben – oder denen signalisiert wird, dass man in historischer Hinsicht keiner weiteren Belehrung mehr bedürfe, weil man seine Hausaufgaben bereits gemacht habe.

Solidarität und Zurückhaltung

Trotz der Verankerung des Täterbewusstseins in der deutschen Erinnerungskultur verstärkte sich seit dem Ende des Kalten Krieges wieder das Selbstverständnis, auch selbst Opfer des Zweiten Weltkrieges gewesen zu sein. Das deutsche Opferbewusstsein war insbesondere seit der Jahrtausendwende medial präsent. Die derzeitige Solidarität mit den ukrainischen Opfern des russischen Angriffskrieges und die umfangreiche Bereitschaft, sie zu unterstützen, erklärt sich auch vor dem Hintergrund dieser kulturellen Erinnerung an eigene Kriegserfahrungen.

Insbesondere die Empathie und Hilfsbereitschaft gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen – meist Frauen und Kinder – scheinen auch eine Folge des etablierten deutschen Opferselbstbildes in der Erinnerung an die meist weiblich visualisierten deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu sein. Die Vergegenwärtigung der Männer, die heute und damals als Soldaten kämpfen, ruft im deutschen Fall dagegen das Täterbewusstsein auf. Kämpfende Männer im Krieg – das ist in der deutschen Erinnerung ein negativ besetztes Motiv, das ebenfalls nachwirkt, wenn es um die militärische Unterstützung der Ukraine geht.

Erinnerungskulturelle Selbstbezogenheit und politische Zaghaftigkeit

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat die deutsche Gesellschaft über die Jahrzehnte hinweg eine wechsel-

hafte erinnerungskulturelle Entwicklung genommen. Sie hat dabei die Fähigkeit bewiesen, etablierte Formen des historischen Selbstverständnisses immer wieder selbstreflexiv zu hinterfragen und gegebenenfalls zu regulieren. Das wurde auch außerhalb Deutschlands mit großer Anerkennung registriert. Kürzlich meinte dagegen zum Beispiel der liberale polnische Oppositionsführer und ehemalige EU-Ratspräsident Donald Tusk, man könne den Eindruck gewinnen, dass Deutschland die falschen Lehren aus der Geschichte gezogen habe.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wird deutlich, dass die deutsche Erinnerungskultur immer noch von einer starken Selbstbe-

zogenheit bestimmt ist. Zu wenig sind die Kriegserinnerungen der europäischen Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegner wahr- und ernstgenommen worden. Zu wenig sind sie in eine auf sich selbst gerichtete Beschäftigung mit der Geschichte eingegangen und konnten hier eine regulative Wirkung entfalten. In der Folge davon zeigt sich heute gegenüber der Ukraine vielfach eine ebenso zurückhaltende und zaghafte wie selbstgefällige und überhebliche Haltung. Sie wird der existenziellen Bedrohung der Ukraine durch Russland ebenso wenig gerecht wie der damit verbundenen Gefährdung der Demokratie in Europa, für deren Bestand auch die deutsche Erinnerungskultur eine Mitverantwortung trägt.

Der Text ist zuerst erschienen auf der Website »Geschichte der Gegenwart«, <https://geschichtedergegenwart.ch/erinnerungskultur-in-der-zeitenwende-die-deutsche-weltkriegserinnerung-und-der-ukrainekrieg/>. Wir danken dem Autoren für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über den Autor

Dr. *Stephan Scholz* ist Privatdozent am Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und arbeitet zu deutscher Erinnerungskultur und historischer Migrationsforschung. Er schrieb u. a. zur deutschen Vertreibungserinnerung in der Flüchtlingsdebatte 2015 und zu Denkmälern für Geflüchtete in der postmigrantischen Gesellschaft.

KOMMENTAR

»Russland – das verstehe ich, Ukraine – das verstehe ich nicht«

Von Guido Hausmann (Universität Regensburg / Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung)

Zusammenfassung:

Wenn Deutschland heute zögert, sich politisch und militärisch für die Ukraine einzusetzen, dann spielen auch historische Erfahrungen und kulturelle Traditionen eine wichtige Rolle. Eine vergleichende geschichtliche Perspektive der deutschen Beziehungen zu Russland und zur Ukraine.

Für Elisabeth Weber (1941–2022)

Wenn deutsche Politiker (und Historiker) bis vor kurzem über die Ukraine sprachen, kamen sie im zweiten oder dritten Satz meist auf Russland zu sprechen, häufig mit dem Hinweis auf die notwendige Differenzierung zwischen Putin oder der politischen Führung auf der einen Seite und der im Moment unterdrückten russischen Gesellschaft auf der anderen Seite. Sie sprachen dann am liebsten über Russland weiter, denn über die Ukraine fiel ihnen nur wenig ein. Erst in jüngster Zeit, nach Butscha, ersetzte betretenes Schweigen Verweise auf das Russland jenseits von Putin und seines Gefolges. Die starke deutsche Orientierung auf Russland, die sich in solchen Sprechweisen spiegelt, stieß international

auf viel Kritik, vor allem der weitere deutsche Import von fossilen Brennstoffen aus Russland. Der moralische Tonfall dieser Kritik ist dabei verständlich, nur zu verständlich. Zwar lässt sich die Kritik auch auf manche Nachbarstaaten Deutschlands beziehen, die jedoch nicht die gleiche wirtschaftliche und politische Bedeutung wie Deutschland haben. Doch bieten solche moralische Invektive zu wenig Erklärungskraft. Eine vergleichende historische Perspektive der deutschen Beziehungen zu Russland und zur Ukraine kann hier Erklärungen beisteuern und sie soll hier mit dem Risiko der Vereinfachung versucht werden.

Als im 18.–19. Jahrhundert in Europa moderne Staatlichkeit entstand, wurde das Russische Reich eine von politischen Revolutionen ungefährdete hegemoniale

und imperiale Macht im östlichen Europa, zumal nach den Teilungen des frühneuzeitlichen Großreichs Polen-Litauen am Ende des 18. Jahrhunderts. Die moderne deutsche Staatsbildung zog sich gleichzeitig nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahr 1806 jahrzehntelang bis zur Bildung des Zweiten Kaiserreiches 1871 hin. Für die deutschen Beziehungen zu Russland waren dabei die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen der Romanowdynastie und den deutschen Fürstenhäusern sowie politische Bündnisse in der Zeit der napoleonischen Kriege und der Bismarckzeit im Vergleich zur grundsätzlichen Hochachtung vor der Staatsbildung Russlands von geringerer Bedeutung, die als kulturelle Leistung angesehen wurde. Heute spricht man auch von Russland als einer historischen Nation. Vielfältige wirtschaftliche (z. B. Siemens & Halske), wissenschaftliche und kulturelle Verflechtungen ergänzten die dynastischen und politischen Beziehungen. Trotz Verwerfungen überlebten sie im 20. Jahrhundert auch Revolutionen, ideologische Gegensätze (Rapallo, Hitler-Stalin-Pakt) und Kriegsfeindschaften und drückten sich in Westdeutschland in politischen (»Ostpolitik«) und wirtschaftlichen (Röhren-Erdgas-Geschäfte von Mannesmann und Thyssen seit 1970) Sonderbeziehungen Westdeutschlands zur Sowjetunion aus, die mit Russland gleichgesetzt wurde.

Imaginationen Russlands waren ein wichtiger Teil dieser Beziehungen. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich Russland zu einer Projektionsfläche deutscher Befindlichkeit und kultureller Orientierungssuche. Zwar hatte Russland in vielen europäischen Ländern seit dem 16. Jahrhundert ein doppeltes Image und galt auf der einen Seite als asiatisches und barbarisches und auf der anderen Seite als christliches und sich europäisierendes Land. Es bot auch, vor allem im 18. Jahrhundert, vielfältige Chancen für Ärzte, Ingenieure und andere Fachkräfte und Gelehrte aus den deutschen Ländern. Im 19. Jahrhundert, im Zeitalter von Romantik, Nationsbildung und der Formierung moderner politischer Strömungen, wurde Russland jedoch zu einer breiteren gesellschaftlichen Projektionsfläche. Hier fand man sowohl den frommen russischen Bauern, den loyalen Monarchisten und Revolutionsgegner (und sogar einige Liberale) als auch, aus Sicht der deutschen Arbeiterbewegung, den reaktionären Gegner und bestimmte sich jeweils selbst in Abgrenzung zu oder in Übereinstimmung mit Russland. Die starken emotionalen Ausschläge dieser Beziehung setzten sich im 20. Jahrhundert fort und wurden in West- und Ostdeutschland in vielfältiger Weise transformiert, vor allem durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion mit seiner massenhaften und extremen Gewalt. Die Gorbatschow-Euphorie vom Ende der 1980er Jahre und die Zählung der 27 Millionen sowjetischen Toten im deutsch-sowjetischen Krieg 1941–

45 als ausschließlich russische Tote weisen darauf hin, wie stark die deutsche Gesellschaft die Sowjetunion mit Russland gleichsetzte. Die deutsche Enttäuschung über sich entgrenzende russische Kriegsgewalt in der Ukraine im Jahr 2022, die zu einem Entsetzen über die russische Armee und das Schweigen der russischen Gesellschaft angesichts der Kriegsverbrechen überging und jetzt in eine Sprachlosigkeit vieler Politiker mündet, erklärt sich auch aus diesen spezifischen historischen Prägungen, ohne dass deren jeweilige Kontexte außer Acht gelassen werden sollen.

Deutschland und die Ukraine sind demgegenüber beinahe ausschließlich im 20. Jahrhundert, und hier bis zum Ende des Jahrhunderts fast nur auf tragische Weise miteinander verbunden. Zwar gab es auch mittelalterliche Verflechtungen (z. B. das Magdeburger Recht in vielen ukrainischen Städten) und frühneuzeitliche Wahrnehmungen ukrainischer Ereignisse (z. B. des großen Kosakenaufstands in der Ukraine Mitte des 17. Jahrhunderts) im deutschen Sprachraum, doch führten sie zu keinen nachhaltigen kulturellen und emotionalen Bindungen, wie sie etwa in Polen und mit Abstrichen in Österreich mit der Ukraine entstanden. Entscheidend dafür war auch die fehlende ukrainische Staatlichkeit im 18. und 19. Jahrhundert.

Im 20. Jahrhundert prägten vor allem deutsche Massengewalt und die Beteiligung bei ukrainischen Staatsbildungen die ungleichen Beziehungen zur Ukraine. Die deutsche Massengewalt gegenüber Ukrainern am Ende des Ersten Weltkrieges als Teil der Besetzung im Jahr 1918 ist heute kaum mehr im hiesigen historischen Bewusstsein präsent. Dagegen wächst in den letzten Jahrzehnten das Bewusstsein für die deutschen Gräueltaten in der Ukraine in den Jahren 1941–44, seit den 1990er Jahren zum Beispiel auf lokaler Ebene für das Schicksal ukrainischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Doch erst langsam wird in Deutschland das wahre Ausmaß dieser Massengewalt bekannt. Fast gar nicht mehr im gesellschaftlichen Bewusstsein präsent ist, dass die beiden entscheidenden ukrainischen Versuche, im 20. Jahrhundert einen eigenen Staat zu gründen, eng mit Deutschland verknüpft waren. In der Ukraine ist man sich dagegen dieser politischen Ebene der ukrainisch-deutschen Beziehungen sehr bewusst. Im Jahr 1918 erkannten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn die Ukraine im Frieden von Brest-Litowsk als eigenen Staat an, der sich angesichts weiterer imperialer Ansprüche (von Sowjetrussland und etwas später von Polen) aber nicht halten konnte. Die Unterstützung ukrainischer Staatlichkeit am Ende des Ersten Weltkrieges war auch gegen Sowjetrussland gerichtet. Die deutsche politische Elite, besonders die militärische, fand auch aufgrund fehlender Staatlichkeit keine Bindung an die Ukraine, wie eine Äußerung von Generalfeld-

marschall Hermann von Eichhorn (1848–1918), Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen in der Ukraine im Jahr 1918 zeigt: »Russland – das verstehe ich, Ukraine – das verstehe ich nicht.« Dennoch setzten ukrainische Nationalisten wenige Jahrzehnte später erneut auf die Deutschen, als sie beim Einmarsch der Wehrmacht im Sommer 1941 einen ukrainischen Staat ausriefen. Doch Hitler und die Nationalsozialisten hatten daran keinerlei Interesse, sehr wohl dagegen an wirtschaftlicher Ausbeutung und rassistischer Gewalt. Bei ihrer Verehrung für den politischen Führer der ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera übersehen manche Ukrainer heute das unheilige Bündnis, das er und andere mit den Nationalsozialisten eingingen, da sie ihn als antirussischen Kämpfer sehen. Hierzulande weiß man dagegen bis heute gar nichts über diese Verbindung und nur wenig über die Orte und Dimensionen deutscher Massengewalt in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg.

Erst bei der Gründung des ukrainischen Staates im Jahr 1991 spielte Deutschland keine zentrale Rolle mehr als imperialer Akteur, sondern erkannte die Ukraine zügig an. Das war nicht gegen Russland gerichtet, und die ukrainische Staatsgründung war bis heute ein Erfolg. Welche Auswirkungen die deutschen Erfahrungen mit der Ukraine in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die politischen und gesellschaftlichen Beziehungen bis heute haben, ist schwierig festzustellen, zumal es in Westdeutschland zwischen 1945 und 1991 weder entwickelte wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zur Ukraine noch eine historische Erforschung der Ukraine gab.

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts hatten aber Auswirkungen: Im Vergleich zu den Beziehungen zu Russland sind sie gesellschaftlich weniger breit, intensiv und emotional geblieben. Bis vor Kurzem gab es auch kaum politische und gesellschaftliche Brückenbauer zwischen beiden Ländern wie die Brüder Klytschko. Zwar berichteten die deutschen Massenmedien im Jahr 2004 über zwei, drei Monate lang intensiv über die Orange Revolution in Kyjiw, aber zehn Jahre später, als der Euromaidan das mediale Interesse an der Ukraine erneut anzog, war das Wissen über

diese vorangegangene Revolution schon wieder verloren gegangen. Wird sich das jetzt wiederholen oder gibt es eine Änderung in Politik und Gesellschaft? Es lohnt sich dabei auf einen Kenner Deutschlands wie den ukrainischen Schriftsteller Juri Andruchowytsh zu hören, der sich noch kürzlich sehr skeptisch über Deutschland äußerte: »Acht Jahre lang hat sich niemand in Deutschland für die Ukraine interessiert«; und »der Respekt vor Einflussphären steht für die Deutschen an oberer Stelle.« (18.2.2022) In der Tat, Deutschland ist ein sehr russophil geprägtes Land, dass zum Beispiel in großer Zahl Seifenopern über die russische Natur und Kultur im Fernsehen angeboten bekommt und verschlingt, aber gleichzeitig keine Filme über die Ukraine, ihre Kultur und Geschichte. Die ukrainische Literatur ist eine Ausnahme, Musik und Malerei aus der Ukraine gibt es faktisch nicht im Angebot. Gleichzeitig verändert sich mit der russischen Massengewalt in der Ukraine aber etwas. Es scheint in Politik und Gesellschaft ein langer Abschied von Russland einzusetzen. Oder täuscht der Eindruck, der russophile Teil der Gesellschaft ist nur »auf Tauchstation« gegangen und wartet darauf, dass »ein anderes Russland« an die Oberfläche tritt?

Wenn Deutschland heute zögert, sich politisch und militärisch für die Ukraine einzusetzen, dann spielen auch historische Erfahrungen und kulturelle Traditionen eine wichtige Rolle. Ihre Spuren sind zum Beispiel deutlich in einem kürzlichen Beitrag von Jürgen Habermas (»Krieg und Empörung« SZ 29.04.2022) zu erkennen, wenn er über Atomwaffen und (bloße) Emotionen in politischen Beziehungen reflektiert und dahinter der politische Respekt vor Russland und der fehlende Respekt für die Ukraine zu spüren ist. Endlich aber beginnen sich die deutschen Beziehungen zur Ukraine von den Beziehungen zu Russland zu emanzipieren. Deutschland hat dafür lange gebraucht und die euroatlantische Einbindung ist dafür wesentlich. Die politische Elite blickt sprachlos auf Russland, aber beginnt auch erst, eine Sprache für die Ukraine und mit Ukrainern zu finden (Konvulsionen wie die Nicht-Einladung, nicht Ausladung, des deutschen Bundespräsidenten eingeschlossen), die sie über Mitleid über erfahrende Gewalt hinaus als politische Subjekte anerkennt.

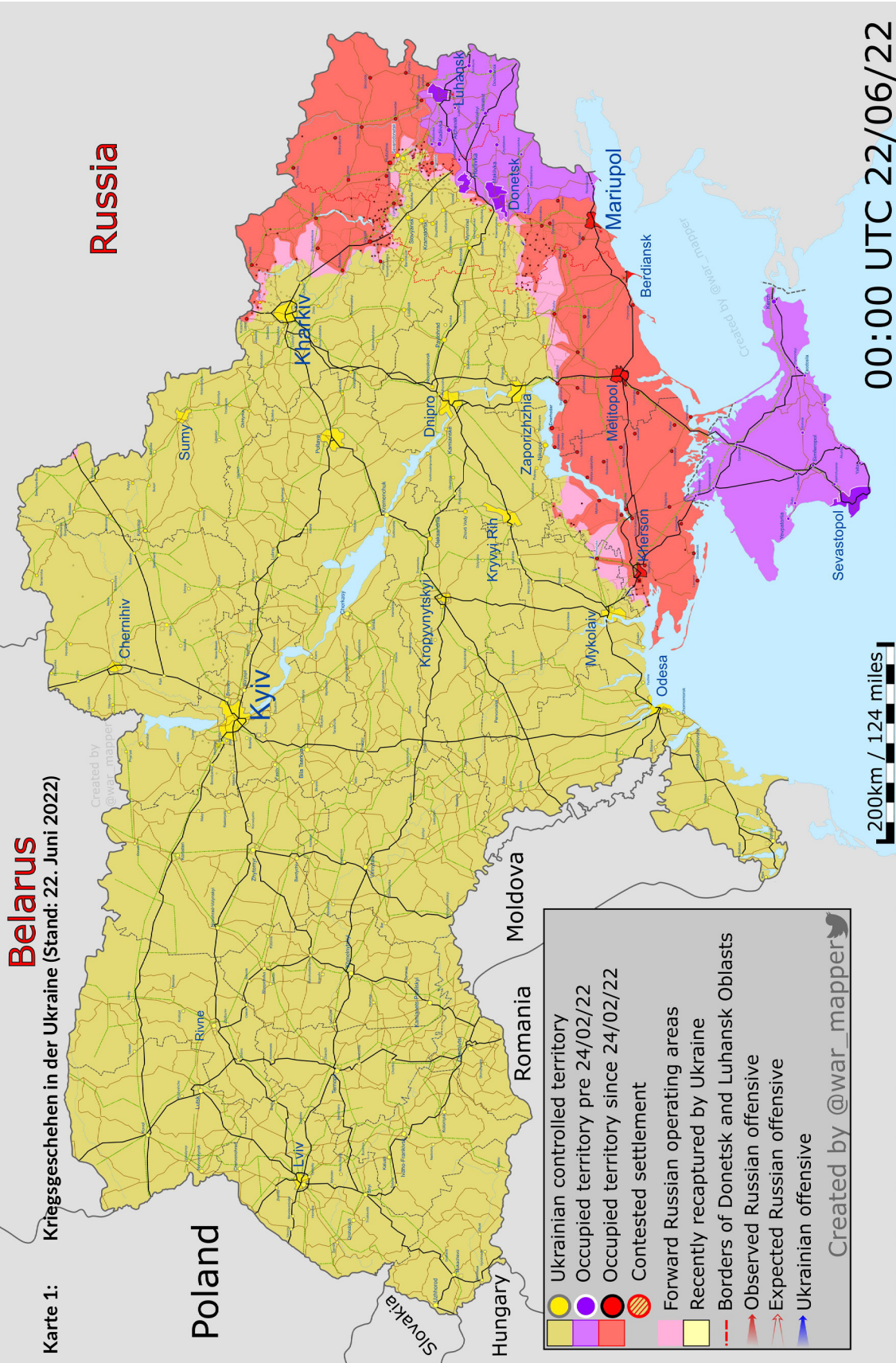
Der Text ist ursprünglich erschienen am 19. Mai 2022 im OstBlog Spezial des IOS Regensburg, <https://ukraine2022.ios-regensburg.de/deutschetraditionen01/>.

Über den Autor

Prof. Dr. *Guido Hausmann* ist Historiker. Er ist Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung sowie Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas mit Schwerpunkt Russland/Sowjetunion und Ukraine an der Universität Regensburg.

KARTE

Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 22. Juni 2022)



Karte 1: Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 22. Juni 2022)

Quelle: @war_mapper, https://twitter.com/War_Mapper/status/1538314334052433920/photo/1

CHRONIK

25. April – 31. Mai 2022

25.04.2022	Der Bürgermeister von Cherson Ihor Kolychajew gibt bekannt, dass russische Besatzer:innen das Gebäude der Stadtverwaltung beschlagnahmt haben. Nach Informationen des britischen Geheimdienstes plant Russland dort ein Referendum zur Legitimierung der Besatzung.
25.04.2022	Das Investigativprogramm »Schemy« veröffentlicht Satellitenbilder, die ein Massengrab auf dem Friedhof von Staryj Krym, einem fünf Kilometer von Mariupol entfernten Dorf, zeigen. Erst vor einigen Tagen hatten die Behörden von Mariupol aufgrund neuer Satellitenbilder ein Massengrab im 20 Kilometer entfernten Manhusch vermutet.
25.04.2022	In einem Interview im russischen Fernsehen warnt der russische Außenminister Sergej Lawrow vor einem Atomkrieg. »Die Gefahr ist ernst, sie ist real, die darf nicht unterschätzt werden«, sagt er in dem Interview, nachdem er schon am 2. März 2022 von dem möglichen Einsatz von Atomwaffen gesprochen hatte.
25.04.2022	»Die russischen Streitkräfte zerstören weiter systematisch die Infrastruktur der Eisenbahn«, teilt der Chef der ukrainischen Eisenbahn Oleksandr Kamyschin auf dem Telegram-Kanal des Unternehmens mit, nachdem fünf Bahnhöfe in der Zentral- und Westukraine von Raketen getroffen worden waren. Nahe der zentralukrainischen Stadt Kremenschuk beschossen russische Streitkräfte außerdem eine Raffinerie und ein Treibstofflager.
26.04.2022	Nach mutmaßlichen Terroranschlägen in dem von Moldau abgespaltenen Landesteil Transnistrien werfen sich die ukrainische und die russische Führung gegenseitig Provokation vor. Laut dem russischen Außenministerium wolle Russland ein Szenario vermeiden, in dem es gezwungen sei, in Transnistrien zu intervenieren. Der Generalstab des ukrainischen Militärs warnt, die in Transnistrien stationierten russischen Truppen seien in volle Kampfbereitschaft versetzt worden.
26.04.2022	Bei einem Treffen mit Vertreter:innen der Partnerstaaten der Ukraine auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland teilt Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht mit, Deutschland werde der Ukraine Flugabwehrpanzer vom Typ »Gepard« zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung hatte die direkte Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine bislang ablehnt.
26.04.2022	Bei Luftangriffen in der Oblast Saporischschja wird ein Mensch getötet und mindestens ein weiterer verletzt. Am Jahrestag der nuklearen Katastrophe in Tschernobyl bedrohen tief fliegende Raketen zudem das örtliche Atomkraftwerk sowie weitere Atomkraftwerke in der Ukraine. Das Kraftwerk in Saporischschja wurde am 4. März 2022 von russischen Truppen eingenommen und ist seitdem unter russischer Kontrolle.
26.04.2022	Die ukrainischen Streitkräfte beginnen mit der Umstellung ihrer Waffensysteme auf den Standard der NATO, sagt der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba und erklärt weiter, dass die Ukraine damit in eine »neue Phase« eingetreten sei. Hintergrund sind die verstärkten Waffenlieferungen aus den USA sowie anderen NATO-Partnern und die Ankündigung der US-Regierung am 19. April 2022, ukrainisches Militär für den Einsatz amerikanischer Haubitzen auszubilden.
27.04.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin droht Ländern, die sich in den Krieg gegen die Ukraine einmischen, mit »blitzschnellen« Gegenschlägen. Russland verfüge dafür über alle Instrumente und werde sie bei Bedarf anwenden, so Putin.
27.04.2022	Russland stellt die Gaslieferungen an Polen und Bulgarien ein, nachdem die Regierungen der beiden EU-Länder sich geweigert hatten, das Gas in Rubel zu bezahlen, wie es Russlands Präsident Wladimir Putin im März 2022 gefordert hatte. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wirft Russland in einer Twitter-Meldung Erpressung vor und erklärt, Rubelzahlungen würden einen Sanktionsbruch bedeuten.
28.04.2022	Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ihm Rahmen seines Besuchs in der Ukraine teilt UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit, es gebe intensive Beratungen über die Evakuierung der in dem Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol eingeschlossenen Zivilist:innen unter Beteiligung der UN und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Bei seinem vorangegangenen Besuch in Moskau hatte er sich eigenen Angaben zufolge mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf diese Lösung geeinigt. Während seines Besuchs in Kyjiw schlugen zwei Raketen in der Stadt ein, mehrere Menschen wurden verletzt.
28.04.2022	Der Deutsche Bundestag stimmt mit großer Mehrheit auf Basis eines gemeinsamen Antrags der oppositionellen CDU und der Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht hatte zwei Tage zuvor die Lieferung von Flugabwehrpanzern des Typs »Gepard« angekündigt.

28.04.2022	Ein von dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN veröffentlichtes Video zeigt russische Soldat:innen und Fahrzeuge neben getöteten Zivilist:innen in Butscha und beweist, dass die Gräueltaten dort unter russischer Besetzung stattgefunden haben. Zuvor hatte die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft mitgeteilt, sie habe zehn russische Soldat:innen identifiziert, die in Butscha Zivilist:innen gefoltert haben.
29.04.2022	Der US-amerikanische Sender Radio Liberty meldet, dass seine Mitarbeiterin und Produzentin Wira Hyrytsch bei einem russischen Raketenangriff auf ihr Wohnhaus ums Leben gekommen sei. Laut dem Staatlichen Komitee für Fernsehen und Rundfunk hat es seit der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 mehr als 240 Angriffe auf Journalist:innen und Medien vonseiten der russischen Truppen gegeben.
29.04.2022	Der Gouverneur der Region Luhansk Serhij Hajdaj erklärt, die russischen Truppen haben dank nahezu ständigem Beschuss kleinere Geländegewinne im Umfeld der ostukrainischen Stadt Rubischne bei Sjewjerodonezk erzielt. Gleichzeitig berichtet der Gouverneur der Oblast Charkiw Oleh Synehubow, dass die ukrainischen Streitkräfte das Dorf Ruska Losowa nördlich von Charkiw befreit haben, das den russischen Truppen zuvor als Basis für Raketenangriffe auf Charkiw gedient hatte und daher von strategischer Bedeutung ist.
29.04.2022	Nach Angaben des polnischen Rundfunks liefert Polen der Ukraine mehr als 200 Panzer vom Typ T-72 und weitere Dutzende von Schützenpanzern. Polen habe der Ukraine bereits militärische Ausrüstung im Wert von mehr als 1,5 Milliarden Euro geliefert, heißt es in dem Bericht.
30.04.2022	Laut dem stellvertretenden Kommandeur des Asow-Regiments Swjatoslaw Palamar können 20 Zivilist:innen das belagerte Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol verlassen. Insgesamt sollen in den Bunkeranlagen des Stahlwerks rund 1.000 Zivilist:innen Schutz gesucht haben und nun eingeschlossen sein.
30.04.2022	Die russischen Besatzer:innen errichten auf dem zentralen Platz der Stadt Nowa Kachowka in der Oblast Cherson ein Lenin-Denkmal. Es ist das gleiche Denkmal, das im Februar 2014 beim sogenannten »Leninopad« im Rahmen der Euromaidan-Proteste gestürzt worden war.
30.04.2022	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs gewinnen die Streitkräfte die Kontrolle über vier Dörfer nördlich von Charkiw zurück, darunter wie schon am Vortag berichtet das strategisch wichtige Ruska Losowa. Britische und US-amerikanische Militärs gehen davon aus, dass die russischen Streitkräfte bei ihrer Offensive im Donbas weiter Probleme haben und hinter dem Zeitplan liegen.
30.04.2022	Nachdem russische Raketen den Flughafen von Odesa treffen, kann die Landebahn aufgrund der Schäden nicht mehr genutzt werden, teilt der Gouverneur der Oblast Odesa Maksym Martschenko mit.
01.05.2022	Etwa 100 Zivilist:innen werden aus dem belagerten Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol befreit und sind auf dem Weg in das ukrainisch kontrollierte Saporischschja. Insgesamt sollen in den Bunkeranlagen des Stahlwerks noch knapp 1.000 Zivilist:innen eingeschlossen sein.
01.05.2022	Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Rahmen ihres Besuchs in Kyjiw sagt die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi Unterstützung zu und kündigt an, die von US-Präsident Joe Biden beantragten 33 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Hilfen im Kongress durchzubringen. Eine Woche zuvor hatten bereits US-Außenminister Antony Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Ukraine besucht.
01.05.2022	Fast 4,5 Millionen Tonnen Weizen können aufgrund der russischen Blockade ukrainischer Häfen nicht auf dem Seeweg exportiert werden, erklärt der Vertreter des UN-Welternährungsprogramms Martin Frick. Die Ukraine war vor Kriegsausbruch einer der größten Weizenexporteure der Welt, westliche Länder hatten wiederholt vor einer globalen Nahrungsmittelkrise gewarnt.
02.05.2022	Nachdem am Vortag etwa 100 Zivilist:innen das belagerte Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol verlassen konnten, nimmt Russland die Bombardierung wieder auf. Ukrainischen Schätzungen zufolge sollen dort weiterhin etwa 1.000 Zivilist:innen eingeschlossen sein.
02.05.2022	Russische Raketen haben erneut die Brücke über der Dnister-Mündung in der Oblast Odesa getroffen, wie der Sprecher des Gouverneurs der Oblast Odesa, Serhij Bratschuk, mitteilt. Die Brücke, die bereits zweimal von russischen Streitkräften beschossen wurde, stellt die einzige Straßen- und Eisenbahnverbindung auf ukrainischem Gebiet zu dem südlichen Teil der Region Odesa dar.
02.05.2022	In der russischen Region Belgorod unweit der ukrainischen Grenze sind erneut Explosionen zu hören, wie die russische staatliche Nachrichtenagentur »RIA Novosti« berichtet. In russischen Medien wurde zuletzt mehrfach über angebliche ukrainische Angriffe auf angrenzende Gebiete in Russland berichtet, wie bspw. über einen Brand in einem Munitionslager in der Nähe von Belgorod am 27. April 2022, die Berichte werden vom ukrainischen Verteidigungsministerium aber weder bestätigt noch dementiert.

03.05.2022	Das ukrainische Parlament stimmt für einen Gesetzentwurf, der Einheiten der Territorialen Selbstverteidigung erlaubt, an Einsätzen, einschließlich militärischer Operationen, auf dem gesamten Gebiet der Ukraine teilzunehmen. Zuvor waren die Territorialen Selbstverteidigungseinheiten ausschließlich für das ihnen zugeschriebene Gebiet zuständig. Das Gesetz muss vor dem Inkrafttreten noch vom Präsidenten unterzeichnet werden.
03.05.2022	Nach Angaben des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Taras Wysozkyj hat Russland etwa 400.000 Tonnen Getreide aus den besetzten Gebieten der Oblaste Saporischschja, Cherson, Donezk und Luhansk gestohlen, was einem Drittel der dortigen Getreidevorräte entspricht. Wenn der Diebstahl weiterginge, könnte sich der Getreidemangel in den betroffenen Gebieten zu einer Hungersnot ausweiten, betont Wysozkyj.
03.05.2022	Mit der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs in der Werchowna Rada werden Parteien, die den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen oder beschönigen und die Tatsache leugnen, dass Moskau ukrainische Gebiete, darunter die Krim und den östlichen Donbas, besetzt hält, verboten. Im März 2022 waren mehrere pro-russische Parteien, darunter die Oppositionsplattform, die mit 44 Abgeordneten im Parlament vertreten war, verboten worden.
03.05.2022	Russische Truppen beginnen mit der Erstürmung des Stahlwerks »Asowstal« in Mariupol, wie der stellvertretende Vizekommandeur des Asow-Regiments Swjatoslaw Palamar bestätigt. Palamar fordert eine sofortige Evakuierung der Zivilist:innen, von denen ukrainischen Schätzungen zufolge noch mehrere hundert in den Bunkeranlagen des Stahlwerks eingeschlossen sein sollen.
03.05.2022	Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz reist in die Ukraine und wird nach einem Besuch in Irpin vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw empfangen. Die Reise des Oppositionspolitikers befeuert in Deutschland die Debatte, ob auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in die Ukraine reisen soll, wie es vor ihm schon viele andere westliche Staats- und Regierungschefs getan haben.
04.05.2022	In dem stark befestigten Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol finden heftige Kämpfe statt, sagt der Kommandeur des Asow-Regiments Denys Prokopenko, nachdem schon am Vortag von der Erstürmung durch russische Truppen berichtet worden war. Das Gelände des Stahlwerks ist das einzige Gebiet der strategisch wichtigen Hafenstadt, das noch nicht von russischen Streitkräften eingenommen ist.
04.05.2022	Einer neuen Recherche der »Associated Press« zufolge sind bei der Bombardierung des Theaters in Mariupol durch die russische Luftwaffe am 16. März 2022 etwa 600 Zivilist:innen getötet worden. Die Recherche zeigt auch, dass sich, anders als von russischer Seite behauptet, zum Zeitpunkt des Angriffes keine Angehörigen des ukrainischen Militärs in dem Gebäude befanden.
05.05.2022	Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft bestätigt, bei den spanischen Behörden die Auslieferung des populären pro-russischen Bloggers Anatolij Scharij beantragen zu wollen, nachdem bekannt wurde, dass dieser am Vortag in Spanien festgenommen worden war. Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) verdächtigt Scharij des Hochverrats und wirft ihm vor, mit der Verbreitung von Desinformation die ukrainische Sicherheit zu gefährden.
05.05.2022	Die örtlichen Behörden des Dorfes Tschornobajiwka in der Region Cherson teilen mit, dass der stellvertretende Bürgermeister entführt und der Bürgermeister ins Krankenhaus eingeliefert wurde, nachdem russische Truppen am 2. Mai 2022 das Dorf eingenommen und das Haus des Bürgermeisters durchsucht hatten.
05.05.2022	Bei einer von Schweden und Polen ausgerichteten internationalen Geberkonferenz in Warschau sind Zusagen in Höhe von mehr als 6,5 Milliarden US-Dollar zusammengekommen, wie der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in seiner Abschlussrede bekannt gibt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt in einer Videoschleife, die Ukraine brauche für den Wiederaufbau eine moderne Variante des Marshall-Plans.
05.05.2022	Das Bundespräsidialamt teilt mit, dass der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj telefoniert habe und dass dabei Irritationen ausgeräumt worden seien. Steinmeier wollte eigentlich im April 2022 zusammen mit den Staatschefs von Polen, Estland, Lettland und Litauen nach Kyjiw reisen, war aber offenbar kurzfristig von der ukrainischen Regierung ausgeladen worden, was seitdem für diplomatische Verstimmungen gesorgt hatte. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hatte die Tatsache, dass er selbst bisher nicht nach Kyjiw gefahren ist, mit der Ausladung Steinmeiers begründet.
06.05.2022	Der UN-Sicherheitsrat gibt erstmals eine Erklärung zum Krieg in der Ukraine ab, in der das Gremium seine »tiefe Besorgnis über den Erhalt von Frieden und Sicherheit in der Ukraine« zum Ausdruck bringt. Die Erklärung wurde vom Sicherheitsrat einstimmig beschlossen, erwähnt aber die Wörter »Krieg«, »Invasion« oder ähnliche nicht.
06.05.2022	Die Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« legt einen Bericht über mutmaßliche russische Kriegsverbrechen in der Ukraine vor. Der Bericht dokumentiert außergerichtliche Hinrichtungen sowie rechtswidrige Luftangriffe auf Wohnviertel, teilt die Organisation bei der Präsentation in Kyjiw mit, und fordert, die Verantwortlichen bis an die Spitze der Befehlskette zur Rechenschaft zu ziehen.

06.05.2022	Trotz ständigen Beschusses und Erstürmung durch russische Truppen gehen die Evakuierungsmaßnahmen in dem belagerten Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol weiter. Bisher seien fast 500 der etwa 1.000 Zivilist:innen, die in den Bunkeranlagen des Stahlwerks Schutz gesucht hatten, evakuiert worden, teilt der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak mit.
06.05.2022	Deutschland will der Ukraine sieben »Panzerhaubitzen 2000« liefern, wie Verteidigungsministerin Christine Lambrecht mitteilt. Die Panzerhaubitzen gehören zu den stärksten Artilleriegeschützen der Bundeswehr und erreichen Schussentfernungen von 40 Kilometern. Der Deutsche Bundestag hatte am 28. April 2022 der Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine zugestimmt.
07.05.2022	Die stellvertretende ukrainische Regierungschefin Iryna Wereschtschuk gibt bekannt, dass die Evakuierung aller Frauen, Kinder und Älteren aus dem Stahlwerk »Asowstal« in Mariupol gelungen sei. Die etwa 1.000 Zivilist:innen, die in den Bunkeranlagen des Stahlwerks Schutz gesucht hatten, waren wochenlang unter ständigem russischem Beschuss dort eingeschlossen gewesen.
07.05.2022	Bei einem russischen Luftangriff auf eine Schule in der Oblast Luhansk sind womöglich 60 Menschen ums Leben gekommen. Fast das ganze Dorf habe in der Schule von Bilohoriwka Schutz vor russischem Beschuss gesucht, sagt der Gouverneur der Region Serhij Hajdaj. Etwa 30 Menschen konnten aus den Trümmern gerettet werden.
08.05.2022	Das Einsatzkommando »Süd« der ukrainischen Streitkräfte meldet die Zerstörung zweier russischer Patrouillenboote und die Beschädigung eines weiteren Bootes durch den Einsatz von »Bayraktar«-Drohnen. Bereits am Vortag hatte das ukrainische Verteidigungsministerium gemeldet, die Streitkräfte hätten ein russisches Landungsboot in demselben Gebiet getroffen.
08.05.2022	In einer Videoansprache zum Tag des Gedenkens und der Versöhnung zieht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Parallelen zwischen dem deutschen Überfall im Zweiten Weltkrieg und der russischen Invasion im Februar. »Eine blutige Neuauflage des Nazismus haben sie in der Ukraine organisiert«, sagt Selenskyj in seiner Rede und wirft Russland vor, die Gräueltaten der Nazis, wenn auch unter anderen Parolen, zu wiederholen.
08.05.2022	Die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas reist nach Kyjiw und gedenkt gemeinsam mit ihrem Amtskollegen Ruslan Stefanchuk der Opfer des Zweiten Weltkriegs und legt am Grabmal des unbekanntes Soldaten einen Kranz nieder. Nach den Irritationen infolge der Ausladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist sie als erste hohe Repräsentantin Deutschlands nach Kyjiw gereist, wo sie auch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj traf.
08.05.2022	Unerwartet reist der kanadische Premierminister Justin Trudeau in die Ukraine und trifft sich nach einem Besuch in der Stadt Irpin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw. Außerdem reist die First Lady der USA Jill Biden in die Ukraine und trifft sich zum Muttertag mit der ukrainischen Präsidentengattin Olena Selenska in einer Schule im westukrainischen Uschhorod.
09.05.2022	In seiner Rede bei der jährlichen Militärparade zum Tag des Sieges in Moskau rechtfertigt der russische Präsident Wladimir Putin den Einmarsch in die Ukraine damit, dass »der Westen Bedrohungen an unseren Grenzen geschaffen hat«. Er sagt auch, dass die russischen Soldat:innen im Donbas für das Vaterland kämpften, erklärt der Ukraine aber nicht offiziell den Krieg, wie im Vorfeld der Rede spekuliert worden war. Laut russischer Darstellung führe die russische Armee in der Ukraine eine »militärische Sonderoperation« durch, aber keinen Krieg.
09.05.2022	In seiner Rede zum Tag des Sieges über Nazi-Deutschland sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, die Ukrainer:innen werden »nie vergessen, was unsere Vorfahren im Zweiten Weltkrieg getan haben, in dem mehr als 8 Millionen Ukrainer getötet wurden« und dass sie jetzt im Krieg mit Russland um einen neuen Sieg kämpften. »Wir haben damals gesiegt, wir werden jetzt siegen«, so Selenskyj.
09.05.2022	Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel besucht zum Europatag Odesa und trifft dort mit dem ukrainischen Premierminister Denys Schmyhal zusammen. Wie Schmyhal auf Telegram mitteilt, muss das Treffen wegen eines Raketenangriffs auf Odesa unterbrochen werden.
09.05.2022	Erneut wird Odesa von russischen Raketen angegriffen. Nach Angaben der ukrainischen Streitkräfte werden bei dem Raketenangriff mehrere Gebäude, darunter ein Einkaufszentrum, getroffen; zwei Menschen werden verletzt.
09.05.2022	Die russische staatliche Nachrichtenagentur »RIA Novosti« meldet, dass in mehreren besetzten Städten der Ukraine »Feierlichkeiten« abgehalten werden, zu denen sich Menschen versammeln und den »Tag des Sieges« feiern.
09.05.2022	US-Präsident Joe Biden unterzeichnet das sog »Land-Lease-Gesetz, um schnellere Waffenlieferungen an die Ukraine zu ermöglichen. Das Gesetz basiert auf einem ähnlichen Programm, das Waffenlieferungen an die Alliierten im Zweiten Weltkriegs im Kampf gegen Nazi-Deutschland beschleunigte. Die USA würden damit den Kampf der Ukraine unterstützen, um »ihr Land und ihre Demokratie gegen Putins brutalen Krieg zu verteidigen«, so Biden.

10.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, die Ukraine setze alle möglichen diplomatischen Mittel ein, um die Verteidiger:innen von Mariupol zu retten, die sich im Stahlwerk »Asowstal« verschanzen. Russland hat jedoch bisher keiner der vielen angebotenen Optionen zugestimmt.
10.05.2022	Das litauische Parlament erklärt Russland zum terroristischen Staat. Das Kreml-Regime habe versucht, die ukrainische Nation zu vernichten. Das Parlament sieht es als gegeben an, dass die russischen Besatzungstruppen massenhaft Kriegsverbrechen auf dem Gebiet der Ukraine begangen haben, insbesondere in den Städten Butscha, Irpen, Mariupol, Borodjanka und Hostomel.
10.05.2022	In München verstirbt nach langer Krankheit der erste Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, im Alter von 88 Jahren.
10.05.2022	Das Ministerkabinett billigt ein Dokument, wonach alle russischen Vermögenswerte auf dem Territorium der Ukraine an den Staat der Ukraine übertragen werden sollen.
10.05.2022	Das Präsidentschaftsamt in Paris meldet, dass der chinesische Staatschef Xi Jinping in einem Telefongespräch mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron erklärt habe, dass er die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine respektiert und einen Waffenstillstand für notwendig hält.
11.05.2022	Die US-Zeitung The Washington Post eröffnet ein Büro in Kyjiw, um über die Geschehnisse in der Ukraine zu berichten.
11.05.2022	Die Besatzungsbehörden der von Russland besetzten Region Cherson planen, den russischen Präsidenten Wladimir Putin um den Anschluss der Region an Russland zu bitten. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur Ria Novosti.
11.05.2022	Bloomberg berichtet, die Europäische Union arbeite an einem Plan zur Erleichterung der Ausfuhr ukrainischer Agrarexporte auf dem Landweg, solange die ukrainischen Häfen blockiert sind.
11.05.2022	Der polnische Präsident Andrzej Duda und seine slowakische Amtskollegin Zuzana Čaputová kündigen an, dass sie gemeinsam die Staats- und Regierungschefs der Länder besuchen werden, die der Zuerkennung des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine skeptisch gegenüberstehen. Polen und die Slowakei wollen sich für eine schnelle europäische Integration der Ukraine einsetzen.
11.05.2022	Laut Angaben der International Labour Organization (ILO) hat die Ukraine seit Beginn der russischen Invasion 4,8 Millionen Arbeitsplätze verloren.
11.05.2022	Der tschechische Senat (das Oberhaus des Parlaments) erkennt die von der russischen Armee in der Ukraine begangenen Verbrechen als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung an.
12.05.2022	Der stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, erklärt, dass sich die russische Position zum EU-Beitritt der Ukraine geändert hat und sein Land nun dagegen ist. Auch sehe der Kreml zur Zeit keinen diplomatischen Weg zur Beendigung des Krieges.
12.05.2022	Die Europäische Union will die zweite Tranche der makrofinanziellen Soforthilfe für die Ukraine in Höhe von 600 Mio. Euro bis zum 20. Mai auszahlen. Die erste Tranche war im März ausgezahlt worden. Nach Angaben der Sprecherin der Europäischen Kommission, Dana Spinant, hat sich die Kommission auch bereit erklärt, »Solidaritätslinien« (Routen, die den Export und die Zollarbeit zwischen der Ukraine und der EU beschleunigen werden) einzurichten, um die Ukraine beim Export ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu unterstützen.
12.05.2022	Die Werchowna Rada unterstützt einen Gesetzentwurf, mit dem ein Präsidialerlass über die zwangsweise Beschlagnahme von Vermögenswerten Russlands und seiner Einwohner, darunter zwei Banken, in der Ukraine genehmigt wird. Es handelt sich um 99,7 Prozent der Aktien der Prominvestbank, sowie um alle Aktien, die sich im Besitz der Sberbank befinden.
12.05.2022	Der Heilige Synod der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats veröffentlicht eine Mitteilung, in welcher er erneut betont, alle Bestrebungen zum Erhalt der Souveränität der Ukraine zu unterstützen. Die Bischöfe bedauern dabei, dass ihre Kirche immer wieder unter Anfeindungen einiger Politiker:innen zu leiden habe. Sie machen die Religionspolitik des früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko mitverantwortlich für den Krieg Russlands gegen die Ukraine.
13.05.2022	Die ukrainische Vize-Regierungschefin Iryna Wereschtschuk erklärt, dass die Verhandlungen über die Evakuierung des eingeschlossenen Militärs aus dem »Asowstal«-Stahlwerk mit türkischer Vermittlung im Gange seien. Die Evakuierung sehe mehrere Phasen vor, wobei zunächst 38 Schwerverletzte Personen evakuiert werden sollen. Im Anschluss daran sollen Verhandlungen über die Rettung weiterer Personen stattfinden.
13.05.2022	David Beasley, Leiter des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, appelliert an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, die ukrainischen Schwarzmeerhäfen wieder zu öffnen, bevor es zu einer globalen Hungerkrise kommt.

13.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt in einem Interview mit dem italienischen Fernsehsender Rai 1 an, sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron habe der Ukraine vorgeschlagen, ihre Souveränität teilweise zu opfern, damit der russische Präsident Wladimir Putin sein Gesicht wahren könne.
13.05.2022	Die G7-Staaten wollen die Ukraine während des Krieges mit 30 Milliarden US-Dollar finanziell unterstützen, berichtet Der Spiegel.
13.05.2022	Bundeskanzler Olaf Scholz telefoniert zum ersten Mal seit Wochen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, um über den Krieg in der Ukraine zu sprechen. Der Bundeskanzler wirbt für einen Waffenstillstand und erinnert den russischen Präsidenten an die Verantwortung Russlands für die weltweite Ernährungssituation.
13.05.2022	Ihor Mojsenjenko, der Vorsitzende des Verbandes der Verkehrsunternehmen der Stadt und der Region Kyjiw, erklärt, dass die Kosten für Fahrten in den beliebten Kleinbussen bis Ende Mai ansteigen könnten. Dies sei auf das Defizit und einen erheblichen Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen.
14.05.2022	Die Türkei ist bereit, ein Schiff zur Verfügung zu stellen, um verwundete ukrainische Kämpfer:innen zu evakuieren, die sich derzeit im »Asowstal«-Werk in Mariupol verschanzen. Moskau lehnt den Vorschlag jedoch ab, wie der Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan mitteilt.
14.05.2022	Laut Angaben des Leiters der Regionalverwaltung von Poltawa haben russische Truppen das Wärmekraftwerk Kremenschuk erneut mit Raketen beschossen. Ihm zufolge gab es bei dem Anschlag keine Verletzten, aber das Wärmekraftwerk wurde erheblich beschädigt, das nach dem letzten Beschuss gerade erst wieder Instand gesetzt wurde.
14.05.2022	Der Kyjiwer Stadtrat spricht sich für die Demontage von 47 Gedenkschildern aus, die mit dem russischen und sowjetischen historischen Erbe verbunden sind. Sie sollen innerhalb eines Jahres in das Museum für Totalitarismus gebracht werden. Außerdem beschließt der Kyjiwer Stadtrat, den Namen des »Bogens der Völkerfreundschaft« oberhalb des Dnjepr-Ufers umzubenennen in »Bogen der Freiheit des ukrainischen Volkes«.
14.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet das Gesetz zum Verbot prorussischer politischer Parteien in der Ukraine. Zuvor war es vom ukrainischen Parlament angenommen worden. Das Gesetz verbietet Parteien, deren Aktivitäten darauf abzielen, die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen oder zu leugnen, sowie die Verherrlichung von Personen, die eine bewaffnete Aggression begangen haben oder begehen.
14.05.2022	Erstmals seit längerem findet eine Evakuierung aus Sjewjerodonezk in der Region Luhansk statt: 17 Menschen, darunter drei Kinder, werden in Sicherheit gebracht. Zuvor konnten wegen anhaltenden Beschusses keine Evakuierungen aus der Stadt stattfinden.
15.05.2022	Am Morgen schlagen vier russische Raketen in eine militärische Infrastruktureinrichtung in der Region Lwiw ein, die dadurch vollständig zerstört wird. Die Anlage befindet sich nahe der Grenze zu Polen. Es werden keine Opfer gemeldet. Im Osten des Landes werden starke Angriffe im Donbas gemeldet. Laut örtlichen Angaben gerät dabei auch das Krankenhaus in Sjewjerodonezk unter Beschuss.
15.05.2022	Das ukrainische Parlament will die Akkreditierung pro-russischer Massenmedien überdenken, so Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk. Er fügt hinzu, er könne noch nicht sagen, ob bestimmten russischen Medien die Akkreditierung entzogen werde.
15.05.2022	Das Innenministerium teilt mit, die ukrainischen Streitkräfte hätten eine Gegenoffensive im Nordosten der Region Charkiw gestartet und befänden sich bereits in der Nähe der ukrainisch-russischen Grenze.
15.05.2022	In den letzten fünf Tagen war der Zustrom von rückkehrenden Flüchtlingen in die Ukraine größer als der Abstrom. An den Grenzen wurde eine Rekordzahl von Menschen registriert, die seit Beginn des Krieges in die Ukraine zurückgekehrt sind.
15.05.2022	Die Deaflympics 2022 in Brasilien gehen zu Ende. Die Ukraine gewann den Medaillenspiegel mit 138 Medaillen mit großem Vorsprung. Insgesamt gewann die ukrainische Mannschaft 62 Gold-, 38 Silber- und 38 Bronzemedailles und brach damit den bisherigen Rekord für die Anzahl der Auszeichnungen und Goldmedaillen bei den Deaflympics, einem alle vier Jahre ausgetragenen internationalen Wettkampf für Gehörlose.
16.05.2022	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte berichtet, dass die russischen Truppen ihre Offensive in der östlichen Operationszone fortsetzen und sich dabei auf die Region Donezk konzentrieren. Russische Truppen beschossen demnach in der Nacht 10 Siedlungen im Donbas, beschädigten 36 zivile Einrichtungen, töteten sechs Zivilist:innen und verletzten 12 weitere.
16.05.2022	Auf Satellitenbildern wird bereits das vierte Massengrab in der Nähe von Mariupol entdeckt. Zuvor wurden Massengräber in der Nähe der städtischen Siedlung Manhusch, auf dem Friedhof im Dorf Wynohradne sowie auf dem Friedhof der Siedlung Staryj Krym bekannt.

16.05.2022	Die Vertreterin der Werchowna Rada beim ukrainischen Verfassungsgericht, Olha Sowhirya, gibt bekannt, dass in der Ukraine – mehr als sechs Jahre nach der Verabschiedung des »Gesetzes über die Entkommunisierung« – ein Gerichtsbeschluss zum Verbot der Kommunistischen Partei in Kraft getreten sei. Das Gericht selbst hat die Entscheidung allerdings noch nicht bekanntgegeben.
16.05.2022	Das UN-Entwicklungsprogramm geht davon aus, dass 9 von 10 Ukrainer:innen in Armut oder fast unter der Armutsgrenze leben könnten, wenn die aktive Phase des russisch-ukrainischen Krieges anhält. Die UNO sagt, dass ein langer Krieg fast zwei Jahrzehnte der Entwicklung und der Errungenschaften in der Ukraine gefährden würde, und dass tiefe soziale und wirtschaftliche Narben für Jahrhunderte zurückbleiben würden.
16.05.2022	Die Orthodoxe Kirche der Ukraine reagiert auf eine Mitteilung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats vom 12.05.2022 und wirft der Kirche vor, die Ideen der »russischen Welt« zu vertreten und damit russische Propaganda zu betreiben.
16.05.2022	Aus dem »Asowstal«-Stahlwerk in Mariupol werden 53 schwer verwundete ukrainische Kämpfer in das besetzte Nowoasowsk evakuiert, während weitere 211 Kämpfer in das besetzte Olenewka gebracht werden.
17.05.2022	Seit dem Morgen werden die Grenzgebiete der Region Sumy von russischer Seite beschossen.
17.05.2022	Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert einen Zeugen mit der Aussage, dass mindestens sieben Busse mit ukrainischen Soldaten das »Asowstal«-Werk in Mariupol verlassen hätten. Sie werden von einem russischen Konvoi begleitet, aber es ist nicht bekannt, wohin die Busse fahren und wie viele Personen sich darin befinden.
17.05.2022	In Kyjiw findet die Trauerfeier für den ersten Präsidenten der Ukraine, Leonid Krawtschuk, statt, der am 10. Mai verstarb. An der Zeremonie nehmen Familienangehörige des Verstorbenen, der amtierende ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sowie der zweite, dritte und fünfte Präsident der Ukraine – Leonid Kutschma, Wiktor Juschtschenko und Petro Poroschenko – teil.
17.05.2022	Mychajlo Podoljak, Berater des Chefs des Präsidialamtes, bestätigt, dass die Ukraine und Russland die Verhandlungen zur Beendigung des Krieges ausgesetzt haben. Moskau behauptet, die ukrainische Seite hätte sich aus den Gesprächen zurückgezogen, während Kyjiw versichert, die russische Seite hätte eine unangemessene Wahrnehmung der Ereignisse.
17.05.2022	Das Bildungsministerium hat die Liste der Orte genehmigt, an denen der Nationale Multidisziplinäre Test (NMT) abgelegt werden kann, welcher Voraussetzung zur Immatrikulation an den Universitäten der Ukraine ist. Der Test wird das Zentralabitur »ZNO« im Jahr 2022 ersetzen, welches bisher die Voraussetzung für die Zulassung zu Universitäten in der Ukraine war. Derzeit ist es nicht möglich, den Test in den Oblasten Donezk, Luhansk, Charkiw und Cherson zu absolvieren.
18.05.2022	Der französische Präsident Emmanuel Macron bestätigt gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dass die Bewerbung der Ukraine um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates im Juni geprüft werden wird.
18.05.2022	Die Stadtverwaltung von Mariupol erklärt, dass die Bombardierung des »Asowstal«-Werkes durch russische Truppen möglicherweise die eine Anlage beschädigt hat, in der Zehntausende Tonnen konzentrierter Schwefelwasserstofflösung gelagert werden. Ein Austritt dieser Flüssigkeit könnte die Flora und Fauna des Asowschen Meeres vernichten. Die gefährlichen Stoffe könnten außerdem in das Schwarze Meer und von dort auch in das Mittelmeer gelangen.
18.05.2022	Der erste russische Soldat, der wegen des Mordes an einem ukrainischen Zivilisten vor Gericht steht, bekennt sich im Gerichtssaal schuldig, einen Zivilisten erschossen zu haben.
18.05.2022	Die Europäische Kommission plant, der Ukraine im Jahr 2022 eine Makrofinanzhilfe von bis zu 9 Mrd. Euro zu gewähren.
18.05.2022	Die US-Botschaft nimmt ihre Arbeit in Kyjiw wieder auf, nachdem sie wegen der russischen Invasion drei Monate lang unterbrochen war. Die Warnungen des Außenministeriums für US-Bürger:innen, nicht in die Ukraine zu reisen, bleiben in Kraft.
19.05.2022	In der Nacht wird vor allem im Donbas starker Beschuss durch russische Truppen gemeldet. In Sjewjerodonezk kommen dabei mindestens vier Personen zu Tode.
19.05.2022	Eine Mehrheit des US-Senats bewilligt fast 40 Milliarden Dollar an militärischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe für die Ukraine.
19.05.2022	Die Ukraine will das Kriegsrecht fortan gleich um drei Monate, statt um einen, verlängern, teilt Fedir Wenislawskij als Vertreter des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vor dem ukrainischen Verfassungsgericht mit.

19.05.2022	Das Europäische Parlament befürwortet die Abschaffung der EU-Einfuhrzölle auf alle Waren aus der Ukraine für ein Jahr. Auf diese Weise will Europa die ukrainische Wirtschaft während des Krieges unterstützen. Die Abgeordneten schlagen vor, die Einfuhrzölle auf Industrierzeugnisse und landwirtschaftliche Erzeugnisse usw. aufzuheben. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments muss nun vom Europäischen Rat gebilligt werden.
20.05.2022	In der Nacht zum 20. Mai beschießen russische Truppen eine Reihe von Regionen in der Ukraine: Dnipropetrowsk, Luhansk, Donezk, Charkiw, Mykolajiw und Cherson.
20.05.2022	Der Kommandeur des Asow-Regiments, Denys Prokopenko, erklärt, dass die Evakuierung der toten ukrainischen Kämpfer im »Asowstal«-Werk im Gange sei. Er betont, dass die Zivilisten und die Schwerverletzten evakuiert worden seien, um weiter ausgetauscht und in ukrainisch kontrolliertes Gebiet gebracht zu werden.
20.05.2022	Die EU zahlt eine Makrofinanzhilfe von 600 Mio. EUR an die Ukraine aus.
20.05.2022	Die Nationalbank der Ukraine beschließt, das monatliche Limit für Bargeldabhebungen im Ausland von Hrywnja-Konten bei ukrainischen Banken vorübergehend von 100.000 auf den Gegenwert von 50.000 Hrywnja zu senken.
21.05.2022	Nach drei Tagen Blockade eines Konvois von rund 1.000 Fahrzeugen in der Nähe von Wassiliwka in der Region Saporischschja beginnen russische Truppen, die Fahrzeuge durchzulassen, so der Bürgermeister von Enerhodar, Dmytro Orlow. Die Menschen versuchen, durch einen russischen Kontrollpunkt in das ukrainisch kontrollierte Gebiet zu gelangen.
21.05.2022	Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal und der portugiesische Premierminister António Costa unterzeichnen in Kyjiw ein Memorandum. Portugal sagt darin zu, die Ukraine mit bis zu 250 Mio. Euro finanziell unterstützen.
21.05.2022	Die ukrainischen Soldaten, die das »Asowstal«-Werk in Mariupol verlassen haben, sollen gegen russische Kriegsgefangene ausgetauscht werden. Der weitere Verlauf hänge von den Verpflichtungen der UNO, des Roten Kreuzes und Russlands ab, so der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj.
21.05.2022	Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj blockiert Russland den Export von 22 Mio. Tonnen Getreide aus ukrainischen Häfen.
22.05.2022	Das ukrainische Parlament billigt ein Dekret von Präsident Wolodymyr Selenskyj, mit dem das Kriegsrecht in der Ukraine um 90 Tage, d. h. bis zum 23.08.2022, verlängert wird. Auch die allgemeine Mobilisierung wird verlängert.
22.05.2022	Die Präsidenten der Ukraine und Polens, Wolodymyr Selenskyj und Andrzej Duda, sprechen vor dem ukrainischen Parlament. Selenskyj kündigt bei dem Treffen die Einführung eines Sonderstatus für polnische Staatsbürger in der Ukraine an.
22.05.2022	Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel berichtet über rechtsextreme Kämpfer auf Seiten Russlands, die gegen die Ukraine kämpfen. Aus Russland wird immer wieder behauptet, auf Seiten der Ukraine kämpften Nazis und Rechtsradikale, und die angebliche »Entnazifizierung« der Ukraine war eine der Begründung des russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Invasion.
22.05.2022	Das ukrainische Präsidialamt appelliert an die westlichen Partner, der Ukraine US-amerikanische MLRS-Raketensysteme zur Verfügung zu stellen, damit die ukrainischen Streitkräfte die Seeblockade für ukrainische Frachtschiffe im Schwarzen Meer beenden könne.
23.05.2022	Das zweite Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine (Ramstein-2), der mehr als 40 Partnerländer angehören, findet online statt. Auf der Veranstaltung kündigen 20 Länder neue Sicherheitspakete für Kyjiw an. Das erste Treffen war auf Initiative des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin auf der Militärbasis Ramstein abgehalten worden.
23.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das die Beschlagnahmung des Vermögens von Personen vorsieht, die die bewaffnete Aggression Russlands gegen die Ukraine unterstützen. Solche Sanktionen können verhängt werden z. B. gegen Personen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit oder die territoriale Integrität darstellen oder eine Aggression gegen die Ukraine finanziert haben.
23.05.2022	Ein Gericht in Kyjiw gibt die erste Verurteilung eines russischen Soldaten bekannt. Der 21-jährige Panzerkommandant Wadim Sch. wird wegen Mordes an einem 62-jährigen Zivilisten des »Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges« für schuldig befunden und erhält eine lebenslange Haftstrafe. Der Täter hatte zuvor gestanden.
23.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, wurden vom amerikanischen »Time Magazine« zu den 100 einflussreichsten Menschen der Welt gewählt.

23.05.2022	Der russische Diplomat bei den Vereinten Nationen in Genf, Boris Bondarew, reicht wegen des Krieges seines Landes gegen die Ukraine seinen Rücktritt ein. Er ist einer der ranghöchsten russischen Offiziellen, der sich offen gegen Russlands Krieg gegen die Ukraine positioniert hat und zurückgetreten ist.
24.05.2022	In den frühen Morgenstunden wird aus dem Donbas heftiger Beschuss seitens der russischen Truppen gemeldet.
24.05.2022	Der Rat der Europäischen Union beschließt die Abschaffung der Einfuhrzölle auf alle Waren aus der Ukraine für ein Jahr. Die EU ist einer der wichtigsten Handelspartner der Ukraine. Auf die EU entfielen 2021 mehr 40 Prozent des gesamten Handels der Ukraine. Darüber hinaus genehmigt der Rat zusätzliche Hilfe für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen Euro für den Kauf von militärischer Ausrüstung.
24.05.2022	82 Prozent der Ukrainer:innen halten jegliche territoriale Zugeständnisse zur Beendigung des Krieges für inakzeptabel, und nur 10 Prozent der Befragten würden Gebiete aufgeben, um Frieden zu schaffen. Dies ergab eine Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie.
24.05.2022	Das ukrainische Militär verlässt die Stadt Switlodarsk in der Region Donezk, da die Stadt von drei Seiten umstellt war. Die Stadt befindet sich jetzt unter Kontrolle russischer Truppen.
24.05.2022	Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden seit Beginn des Krieges in der Ukraine mindestens 3.942 Zivilisten getötet und 4.591 verletzt.
24.05.2022	Der von den russischen Besatzungstruppen ernannte »amtierende Bürgermeister« der besetzten Stadt Berdjansk, Oleksandr Saulenko, erklärt, dass in der Stadt russische Rubel in Umlauf gebracht werden sollen. Die Rentner:innen der Stadt sollen bereits ab dem 25. Mai jeweils 10.000 Rubel erhalten.
24.05.2022	Die kanadische Verteidigungsministerin Anita Anand verkündet, dass die kanadische Regierung mehr als 20.000 Artilleriegeschosse sowie andere Ausrüstungsgegenstände und Versorgungsgüter zur Unterstützung des ukrainischen Militärs in die Ukraine liefern werde.
25.05.2022	Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Armee versucht Russland, auf die Städte Bachmut und Lyman im Gebiet Donezk vorzurücken. Die russische Armee habe ihre Hauptanstrengungen in Richtung Bachmut konzentriert und versuche, auf die Stadt Lyman im Gebiet Donezk vorzurücken. Außerdem stehe die Großstadt Sjewjerodonezk in der Oblast Luhansk unter Beschuss durch Artillerie- und Luftangriffe, so der Generalstab. Laut dem Leiter der Administration der Stadt, Oleksandr Strjuk, sind durch den konstanten Beschuss die Strom- und Kommunikationssysteme ausgefallen, die Stadt sei jedoch noch nicht belagert. Der US-Think Tank Institute for the Study of War (ISW) geht davon aus, dass Russland die militärische Präsenz in der Region erhöht habe, um Sjewjerodonezk einzunehmen.
25.05.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der die Ausstellung russischer Pässe für Bewohner:innen der von Russland besetzten Regionen Saporischschja und Cherson in der Südukraine ermöglicht. Das Dekret basiert auf einem älteren Erlass von April 2019, mit dem die Bürger:innen der »Volksrepubliken« im Donbas die russische Staatsbürgerschaft per vereinfachtem Verfahren erhalten konnten.
25.05.2022	Mychajlo Podoljak, Berater des ukrainischen Präsidenten, teilt in den sozialen Medien mit, dass die Ukraine territoriale Zugeständnisse und die Unterzeichnung eines weiteren Minsker Abkommens ausschließt. Eine Zustimmung zu Gebietsabtretungen sei unmöglich. Eine Waffenruhe würde Russland lediglich dazu nutzen, um weitere Offensiven vorzubereiten.
25.05.2022	Durch Russlands Krieg wurden in der Ukraine bisher mehr als 200 Fabriken, 12 Flughäfen, weit mehr als 1.000 Bildungseinrichtungen und fast 300 Brücken und Überführungen zerstört und beschädigt, so Premierminister Denys Schmyhal.
25.05.2022	Die EU, Großbritannien und die USA richten eine »Atrocity Crimes Advisory Group« (ACA) ein, die nach Angaben der britischen Regierung die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft bei der Untersuchung und Verfolgung von Kriegsverbrechen unterstützen wird.
26.05.2022	Denis Puschilin, der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, erklärt gegenüber der staatlichen russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti, dass die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk ein »Referendum« über den Beitritt zu Russland abhalten werden, wenn es den russischen Streitkräften gelingen sollte, die Luhansker und Donezker Oblast vollständig einzunehmen. Aktuell befindet sich ein Großteil der Luhansker Oblast sowie etwa die Hälfte der Donezker Oblast unter russischer Kontrolle.
26.05.2022	Laut einem ranghohen Offiziellen des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums hat Russland seit dem Beginn der Invasion in die Ukraine mehr als 1.000 Panzer verloren sowie mehr als 350 Artilleriefahrzeuge. Laut ukrainischen Angaben hat Russland bereits deutlich mehr an militärischer Ausrüstung verloren: 1.315 Panzer und 617 Artillerieeinheiten.

26.05.2022	92 Prozent der Ukrainer:innen haben eine negative Einstellung gegenüber Russland, so eine neue Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie. Demgegenüber stehen Russland nur noch zwei Prozent der Befragten positiv gegenüber. Anfang Februar, vor der russischen Invasion, waren noch 34 Prozent der Ukrainer:innen positiv gegenüber Russland eingestellt.
27.05.2022	Der Gouverneur der Oblast Luhansk, Serhij Hajdaj, berichtet, dass die Stadt Sjewjerodonezk nicht abgeschnitten sei und in den Außenbezirken noch ukrainische Truppen kämpften. Allerdings bestehe die Möglichkeit, dass sich die ukrainische Armee zurückziehen müsse, um nicht umzingelt zu werden, so Hajdaj. Laut dem US-Verteidigungsministerium erzielt Russland bei der Offensive im Donbas Geländegewinne, da es sich auf wenige, aber gezielte Angriffe, z. B. auf Sjewjerodonezk, konzentrierte. Daneben führt Russland auch seine Raketenangriffe auf Ziele außerhalb des Donbas fort und beschießt unter anderem die Regionen Sumy und Dnipropetrowsk, wo alleine durch eine Rakete 10 Menschen ums Leben und 35 verletzt werden.
27.05.2022	Nach einem Landeskonzil verurteilt die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats Russlands Krieg in der Ukraine und löst sich vom Moskauer Patriarchat. Man werde nun unabhängig vom Moskauer Patriarchat handeln, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme. Eine Annäherung an die Orthodoxe Kirche der Ukraine lehnt die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats jedoch ab.
27.05.2022	Laut UN-Angaben sind durch Russlands Krieg in der Ukraine 4.031 Menschen ums Leben gekommen, weitere 4.735 wurden verletzt. Die UN schätzt die tatsächlichen Opferzahlen jedoch viel höher, kann wegen des laufenden Kriegsgeschehens jedoch keine genaueren Angaben machen. Die ukrainischen Behörden sprechen alleine in der von Russland eroberten Stadt Mariupol von bis zu 22.000 Toten.
27.05.2022	Angesichts des allmählichen Vorrückens russischer Truppen im Donbas fordert der britische Premierminister Boris Johnson, Langstreckenwaffen an die Ukraine zu liefern, vor allem Mehrfachraketenwerfer. Die New York Times berichtet am selben Tag unter Verweis auf US-Militärs, dass US-Präsident Joe Biden die Lieferung von Langstrecken-Mehrfachraketenwerfern an die Ukraine genehmigt habe. Die mobilen Raketenwerfer sollen entferntere Ziele treffen können als die bisher vom ukrainischen Militär eingesetzten Waffen.
28.05.2022	Laut der ukrainischen Armee wurden sieben russische Angriffe im Donbas zurückgeschlagen. Vor allem die Luhansker und Donezker Oblast seien unter Beschuss, insbesondere die Stadt Sjewjerodonezk, aber auch andere Städte wie Mykolajiw und Krywyj Rih wurden von Raketen getroffen.
28.05.2022	Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron telefonieren ergebnislos mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, den sie von seinem Kriegskurs in der Ukraine abbringen wollen. Putin erklärt, dass Russland für eine Wiederaufnahme des Dialogs mit Kyjiw offen sei und wiederholt die Forderung, der Westen solle die Sanktionen gegen Russland aufheben. Außerdem warnt Putin Berlin und Moskau vor der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.
28.05.2022	Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung in Luhansk mussten mehr als 3.400 Unternehmen im Gebiet Luhansk aufgrund des russischen Krieges schließen. Die Gesamtverluste der regionalen Unternehmen belaufen sich auf mehr als 100 Millionen US-Dollar.
28.05.2022	Der ukrainische Generalstab schätzt, dass Russland seit dem Beginn der Invasion am 24. Februar 30.000 Soldaten in der Ukraine verloren hat. Hinzu kommen außerdem 1.330 Panzer, 3.258 gepanzerte Fahrzeuge, 2.226 Fahrzeuge und Treibstofftanks, 628 Artilleriegeschütze, 203 Mehrfachraketenwerfer, 93 Boden-Luft-Raketen, 174 Hubschrauber, 207 Flugzeuge, 503 Drohnen und 13 Schiffe.
29.05.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht militärische Stellungen in der Oblast Charkiw und überreicht ukrainischen Soldaten militärische Auszeichnungen. Bei einem Treffen mit den örtlichen Behörden lässt er sich vor Ort über die Lage in der Charkiwer Oblast informieren: Mehr als 2.000 Wohnhäuser seien infolge des Krieges zerstört worden, 31 Prozent der Oblast seien aktuell von Russland besetzt. Fünf Prozent konnten von der ukrainischen Armee wieder zurückerobert werden, woraufhin Selenskyj verlautbart, dass die Ukraine »definitiv das gesamte Gebiet befreien werde«. Selenskyj kündigt zudem Ermittlungen gegen Roman Dudin, den Leiter der Abteilung des Ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) im Gebiet Charkiw, an. Dudin habe es seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine nicht vermocht, zur Verteidigung der Stadt beizutragen.
29.05.2022	Russlands Außenminister Sergej Lawrow zufolge habe die Einnahme des gesamten Donbas »absolute Priorität« für Russland. Die Bewohner anderer ukrainischer Regionen müssten hingegen »selbst über ihre Zukunft entscheiden«, so Lawrow. Seit Beginn der Invasion hat Russland seine Rhetorik abgeschwächt und will nicht mehr die Kontrolle über das gesamte ukrainische Territorium erlangen, sondern fokussiert sich auf den Donbas.

29.05.2022	Während die ukrainische Armee in einigen Gebieten Erfolge erzielt und z. B. die russischen Truppen zwischen Lyssytschansk und Bachmut zurückdrängen konnte, rückt die russische Armee allmählich ins Zentrum von Sjewjerodonezk ein, teilt der ukrainische Generalstab mit. Das Hauptziel Russlands sei es, die ukrainischen Truppen in Sjewjerodonezk und Lyssytschansk einzukesseln und die Hauptstraßen zu blockieren, um den Nachschub abzuschneiden.
29.05.2022	Nach einem Treffen mit Finanzminister Serhij Martschenko teilt die deutsche Botschafterin in der Ukraine, Anka Feldhusen, mit, dass Deutschland der Ukraine Zuschüsse in Höhe von 1 Mrd. Euro gewähren werde. Die Zeitung »Die Welt« berichtet währenddessen, dass trotz der Zusagen für Waffenlieferung aus Deutschland bisher kaum Waffen angekommen seien, weder schwere, noch leichte.
30.05.2022	Der erste russische Soldat wird wegen Vergewaltigung in der Ukraine vor Gericht gestellt. Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, ihren Ermittlungen zufolge brach ein russischer Soldat im März in ein Haus in einem Dorf bei Kyjiw ein, tötete einen Mann und vergewaltigte zusammen mit einem Kameraden wiederholt dessen Frau. Der Fall wurde an ein Gericht weitergeleitet und soll dort nun verhandelt werden. Im Zuge des russischen Angriffskrieges gab es zahlreiche Berichte von gezielten Vergewaltigungen von Frauen und Kindern durch russische Soldaten.
30.05.2022	Belarus kündigt an, ab dem 22. Juni Militärübungen im Gebiet Gomel nahe der ukrainischen Grenze durchzuführen. Russland nutzte seine in Belarus stationierten Truppen für die Invasion in der Ukraine und nutzt Belarus auch regelmäßig für Raketenbeschuss. Die belarussische Armee selbst ist bisher jedoch noch nicht in den Krieg involviert, Beobachter fürchten aber, dass es zukünftig dazu kommen könnte.
30.05.2022	Der Gouverneur der Oblast Luhansk, Serhij Hajdaj, berichtet von einer schwierigen Lage in der Stadt Sjewjerodonezk, wo die russische Armee vorgerückt sei und es nun Straßenkämpfe gebe. Russland beschießt außerdem die Regionen Mykolajiw und Sumy mit Raketen. In der Oblast Cherson kann die ukrainische Armee hingegen leichte Geländegewinne verzeichnen und ein Dort befreien. In der Region südlich von Krywyj Rih starten ukrainische Truppen eine weitere Gegenoffensive.
30.05.2022	Der 32-jährige französische Journalist Frederic Leclerc-Imhoff kommt ums Leben, als er über eine Evakuierung von Zivilist:innen aus dem Donbas berichtet. Seit Beginn der russischen Invasion sind mindestens acht Journalist:innen durch die Kampfhandlungen getötet worden.
30.05.2022	EU-Ratspräsident Charles Michel verkündet, dass die EU-Staaten sich auf ein teilweises Embargo von russischem Öl geeinigt haben. Dadurch sollen zwei Drittel der Öleinfuhren aus Russland in die EU gestoppt werden, um Russland die Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine zu erschweren. Unklar ist zunächst, wann das Verbot in Kraft tritt wird und ob Länder wie Ungarn, die sich gegen das Embargo gewehrt haben, von der Maßnahme ausgenommen werden.
30.05.2022	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärt, dass sein Land bereit sei, Friedensgespräche zwischen Russland, der Ukraine und der UN auszurichten. Wenn beide Seiten, Kyjiw und Moskau, eine gemeinsame Basis finden, könnte sich die Türkei auch an einer möglichen Beobachtermission in der Ukraine beteiligen. Erdogans Angebot erfolgte nach Telefonaten mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin.
31.05.2022	Der Gouverneur der Oblast Luhansk, Serhij Hajdaj, erklärt, dass Sjewjerodonezk, wo aktuell die heftigsten Kämpfe in der Ukraine stattfinden, inzwischen zu rund 70 Prozent von russischem Militär kontrolliert werde. Die kritische Infrastruktur der Stadt sei fast vollständig zerstört und 90 Prozent der Wohngebäude seien beschädigt, so Hajdaj.
31.05.2022	Die Werchowna Rada stimmt einer Erhöhung der Militärausgaben um 8,3 Milliarden US-Dollar zu, erklärt der erste stellvertretende Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses, Jaroslaw Schelesnjak. Das ukrainische Parlament habe den Staatshaushalt geändert und die Ausgaben für nationale Sicherheit und Verteidigung um 247,7 Mrd. Hrywnja erhöht, so Schelesnjak.
31.05.2022	Die Ukraine arbeitet an einer UN-geführten Operation zur Sicherung des Getreideexports, so Außenminister Dmytro Kuleba. Die russische Blockade der ukrainischen Häfen verhindert die Ausfuhr von etwa 22 Millionen Tonnen Getreide, wodurch nach ukrainischen Angaben eine Nahrungsmittelknappheit in den Ländern droht, für die das Getreide bestimmt war. Die Ukraine ist vor allem für viele afrikanische Länder ein wichtiger Getreidelieferant.
31.05.2022	Ein Gericht in der Oblast Poltawa verurteilt die beiden russischen Soldaten Alexander Bobkin und Alexander Iwanow zu einer Freiheitsstrafe von jeweils 11,5 Jahren wegen des Beschusses von Wohngebieten in der Oblast Charkiw.

31.05.2022	In einem Interview mit einem amerikanischen Fernsehsender spricht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj über die angespannte Lage im Osten der Ukraine und über die Opferzahlen der ukrainischen Armee, über die es ansonsten nur wenige Informationen gibt: »Täglich sterben 60 bis 100 unserer Soldaten und etwa 500 werden verwundet.«
31.05.2022	Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen teilt mit, dass die USA den italienischen Friedensplan für die Ukraine befürworten. Der Vier-Phasen-Plan umfasst 1) einen Waffenstillstand und die Entmilitarisierung der Frontlinie unter Aufsicht der Vereinten Nationen, 2) Verhandlungen über den Status der Ukraine gegenüber der NATO und der Europäischen Union, 3) ein ukrainisch-russisches Abkommen über die Krim und den Donbas sowie 4) ein multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa.
31.05.2022	Laut dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi seien alle großen EU-Länder mit Ausnahme Italiens dagegen, der Ukraine den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Eine Entscheidung über den EU-Kandidatenstatus der Ukraine soll voraussichtlich auf der Tagung des Europäischen Rates Ende Juni getroffen werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Martin Buchholz, Dr. Eduard Klein und Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Martin Buchholz, Dr. Eduard Klein und Almuth Müller
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.